

Wortprotokoll 21. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode

Donnerstag, 2. Oktober 2025, 19.00 Uhr
im Rathaussaal

Anwesend	37 Mitglieder des Gemeinderats / 39 Mitglieder ab Tr. 3 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Sawo
Absolutes Mehr	20
Später eingetroffen	GR Käslin (ab 19.15 Uhr) und GR Baumann (ab 20.00 Uhr)
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	Gemeinderatspräsidentin Elina Müller
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 4. September 2025

Einbürgerungen

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Botschaften

3. Budget 2026 Stadt Kreuzlingen

Verschiedenes

4. Schriftliche Anfrage Notherberge in Kreuzlingen – Krisen kennen keine Öffnungszeiten / Beantwortung
5. Verschiedenes

Die Ratspräsidentin begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung. Die Ratspräsidentin stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 4. September 2025

Abstimmung

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Einbürgerungen

Die Ratspräsidentin: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission (gemäss Liste)

Entscheid

Die Einbürgerungsanträge der Einbürgerungskommission werden genehmigt.

Die Ratspräsidentin: Ihre Gesuche werden jetzt noch vom Kanton behandelt. Es kann also noch eine Weile dauern, bis Sie die Staatsbürgerschaft und auch die politischen Rechte in der Schweiz bekommen. Ich bitte Sie darum, diese zu nutzen und wählen und abstimmen zu gehen. Vielleicht werden Sie sogar selbst politisch aktiv und kandidieren für den Gemeinderat oder für die Schulbehörde.

Botschaften

3. Budget 2026 Stadt Kreuzlingen

Die Ratspräsidentin: Dieses Traktandum beinhaltet auch die Kenntnisnahme des Finanzplans. Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben nach der Verabschiedung des Budgets die Gelegenheit, sich zum Finanzplan zu äussern.

Eintreten ist obligatorisch.

GR Andres, Präsident FRK: Wir haben das Budget am 18. September in der FRK behandelt. Es wurde uns vom Stadtrat bei einem gleichbleibenden Steuereffuss mit einem Aufwandüberschuss bzw. Defizit von CHF 2.8 Mio. präsentiert. Dabei ist zu beachten, dass das Budget beim Kerngeschäft ohne die finanziellen Bereiche wie im letzten Jahr ein höheres Defizit ausgewiesen hätte. Zu einem besseren Ergebnis führen Marktwertanpassungen von Liegenschaften, die rein buchhalterisch sind. Sonst hätte das Minus CHF 4.4 Mio. betragen. Die Lage ist aber besser, als diese im letzten Jahr angenommen wurde. Im letztjährigen Finanzplan ging man für 2026 noch von einem Defizit von CHF 7 Mio. aus. Für 2025 wurde ein leicht höheres Defizit von CHF 3.1 Mio. budgetiert, aber der Forecast 2025 lässt nach dem aktuellen Stand einen Ertragsüberschuss von CHF 1.1 Mio. erwarten. Die finanzielle Situation sieht also mittlerweile besser aus als erwartet. Im letzten Finanzplan war eine Steuerfusserhöhung von 2 % angezeigt. Dank Sparbemühungen, aber auch dank günstiger externer Rahmenbedingungen, insbesondere dank höherer Steuereinnahmen geht der Stadtrat davon aus, dass eine Steuerfusserhöhung kurzfristig nicht notwendig ist. Investitionen: 2026 ist im Budget ein Mitteleinsatz von CHF 19.9 Mio. in der Investitionsrechnung geplant. Wesentliche Investitionen erfolgen in den Bereichen Kulturzentrum Schiesser, Schwimmbad Hörnli, Bodensee-Arena sowie im Bereich der Strassen. Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die ursprünglich im Zusammenhang mit den Investitionen für das Bad Egelsee erwartete Steuerfusserhöhung, die der Stadtrat auch immer kommuniziert hat, nicht realisiert werden musste. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass der Steuereffuss im Verlauf der letzten Jahre um 6 % gesenkt werden konnte. Eine Senkung des Steuereffusses war aber in der FRK in der aktuellen Situation auch kein Thema. In der FRK haben wir auch das Thema Sparen behandelt. Schon in der Sitzung eine Woche früher zum Thema Finanzplan wurde von Seiten der Stadt erklärt, wie sie im Budgetprozess 2026

vorgegangen ist. Nach der Genehmigung des Budgets 2025 hat der Stadtrat umgehend angefangen, sich mit den Budget 2026 zu befassen. Zusammen mit den Abteilungsleitenden wurden Workshops durchgeführt, wo sämtliche Konten, Investitionen und Leistungen durchleuchtet wurden. Zudem führte der Stadtrat eine eintägige Klausur zum Thema Finanzen durch, deren Ergebnisse auch ins Budget eingeflossen sind. So konnte erreicht werden, dass der Aufwandüberschuss 2026 deutlich tiefer ist als im letztjährigen Finanzplan erwartet. Einzelnen Exponenten der FRK waren die schriftlichen und mündlichen Darlegungen zum Thema Sparen aber zu wenig konkret. Es wurde sogar die Ansicht vertreten, dass nur das Streichen von bestehenden Ausgaben wirklich Sparen bedeutet. Aber dazu gibt es wahrscheinlich unterschiedliche Ansichten. Die Stadt erklärte, wie sie vorgegangen ist. Und zwar sind gewisse Investitionen von Anfang an nicht ins Budget eingeflossen. Teilweise wurden die Ausgaben tiefer budgetiert als beantragt. Zudem wurden Prioritäten gesetzt, sodass gewisse Sachen erst später kommen und dann nochmals beurteilt wird, ob sie überhaupt umgesetzt werden. Allerdings gab es keine Liste, mit der man das alles hätte nachvollziehen können, was aber auch verständlich ist. Zum Thema Stellen gab es in der FRK keine Anträge. Gegenüber dem Stellenetat im Budget 2025 ist ein Anstieg von 8.9 Stellen auf 171.9 Vollzeitstellen zu verzeichnen, doch trotz dieser signifikanten Erhöhung gab es keine Anträge, was aus meiner Sicht darauf zurückzuführen ist, dass die Notwendigkeit der Erhöhung der Stellen in der Kommission und auch vorgängig in den Fachkommissionen dargelegt wurde. Wir haben in der Kommission verschiedene Anträge diskutiert. Der erste Antrag war zum Schloss Seeburg zu den budgetierten Investitionen in energetische Sanierungs- und Brandschutzmassnahmen. Die Notwendigkeit dieser Investitionen wurde infrage gestellt und es wurde beantragt, die beiden Investitionen mit einem *3 zu versehen, sodass es eine Botschaft an den Gemeinderat gibt und der Gemeinderat darüber abstimmen kann, und damit es zu diesem Haus nochmals eine Auslegeordnung gibt. Der Stadtrat erläuterte in der Diskussion, dass die Brandschutzmassnahmen aufgrund der Auflagen der Gebäudeversicherung für den Weiterbetrieb des Restaurants zwingend seien. Weiter habe man bei der Untersuchung der Brandschutzmassnahmen auch geschaut, was gleichzeitig energetisch möglich sei, um Synergien zu nutzen. Notabene war die Zugänglichkeit für die Bevölkerung auch ein Wunsch aus dem Gemeinderat. Die Kommission wurde darüber informiert, dass eine Verzögerung der Massnahmen den Start der neuen Mieterin erschweren und zu Verzögerungen führen würde. Die FRK schloss sich dem Stadtrat an und lehnte den Antrag mit 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen ab. Im zweiten Antrag ging es um die Umbauarbeiten des Hafenmeistergebäudes für die Nutzung durch Thurgau Tourismus. Vom Stadtrat wurde klargestellt, dass der ursprünglich budgetierte Betrag von CHF 350'000 auf CHF 250'000 reduziert werden kann. Aber auch mit diesem Betrag wurde infrage gestellt, ob es sich lohnt, in dieser Höhe in dieses Gebäude zu investieren und dann nur CHF 9'000 Miete pro Jahr zu bekommen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Liegenschaft an einem prominenten und wirklich geeigneten Ort für Thurgau Tourismus liegt und dass es für die Nutzung als Tourismusbüro gewisse Umbauten braucht. Wegen der aufkommenden Bedenken in der Kommission wurde seitens Stadtrat versprochen, man werde mit Thurgau Tourismus Kontakt aufnehmen und das Projekt nochmals anschauen. Im Optimalfall könne man schon heute Abend eine Aussage dazu machen, weil es für dieses Projekt wirklich eine gewisse Dringlichkeit gebe. Wir sind gespannt darauf, was für Neuigkeiten es dazu gibt. Der Antrag, die Investition mit einer Botschaft in den Gemeinderat zu bringen, wurde in der FRK einstimmig angenommen. Weiter wurde das Thema Einlage in den Kunstfonds (Beilage A, Seite 19) besprochen. Es wurde über den Sinn und Unsinn von Fonds diskutiert, im Speziellen über den Kunstfonds. Die FRK gab in der Abstimmung aber ein klares Bekenntnis zum Kunstfonds ab. Der Antrag, die Einlage im Sinn einer Auflösung des Fonds gänzlich zu streichen, zumindest in Etappen, wurde mit 1 Ja-Stimme gegen 8 Nein-Stimmen abgelehnt. Anschliessend wurde das Thema Rezertifizierung des Labels Energiestadt Gold (Beilage A, Seite 48) diskutiert. Dabei ging es darum, dass die Stadt Kreuzlingen sich für Ihre Bemühungen im Bereich Energie zertifizieren und beraten lässt und dadurch auch eine gewisse Vorbildfunktion habe. Der Antrag, auf die Zertifizierung als Energiestadt Gold zu verzichten und den Betrag im Budget um CHF 5'000 zu reduzieren, wurde mit 3 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen abgelehnt. In Beilage B Seite 4 ging es um die Feuerwehr. Wie schon letztes Jahr gab es einen Antrag zum Feuerwehrmuseum. Letztes Jahr wurde der Antrag in der FRK noch abgelehnt. Dieses Jahr gab es

einen erneuten Antrag, weil man das Gefühl hatte, dass die Zeit nicht oder nicht ausreichend genutzt wurde, um die Bedeutung dieses Feuerwehrmuseums zu beweisen und das Museum im Bewusstsein der Kreuzlinger zu verankern. Ausserdem wurde bemängelt, dass das angekündigte Museumskonzept noch nicht vorliegt. Entsprechend gab es in der FRK einen Antrag, die subventionierte Miete um CHF 20'000 zu reduzieren und bis am 30. Juni 2026 durch den Stadtrat eine Vorlage mit Berichterstattung und Konzept von alternativen Nutzungsmöglichkeiten inkl. finanziellen Konsequenzen aufzuzeigen. Der Antrag wurde in der FRK mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Dann haben wir uns mit dem Beitrag zu Bodensee TV befasst (Beilage B, Seite 6). Es wurde diskutiert, dass Bodensee TV nicht mehr existiert und dass man keine Subvention an einen Verein geben möchte, der nicht mehr existiert für Leistungen, die er nicht erbringt. Die Stadt hat bezüglich Wiedergeburt von Bodensee TV eine Ausschreibung gemacht und verwaltet das Vereinsvermögen. Dieser Beitrag sei durch das Vereinsvermögen gedeckt, wurde erklärt. Der Streichungsantrag von CHF 50'000 wurde in der FRK einstimmig angenommen. Ein letztes Thema war KulturworX (Beilage B, Seite 6). Es wurde diskutiert, dass dieser Verein zum ersten Mal subventioniert werden soll, obwohl beim Geldfluss vor vier Jahren stark infrage gestellt wurde, wie der Geldfluss damals lief. Die Stadt erklärte, wenn ein Verein ein Budget und ein Finanzierungsmodell einreicht, werde ein entsprechender Unterstützungsbeitrag geprüft und dass alle Veranstalter gleichbehandelt würden. Weil der Verein KulturworX sehr gute und wertvolle Arbeit im kulturellen Bereich leistet, habe man das ins Budget aufgenommen. Der Streichungsantrag wurde in der FRK mit 3 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen angenommen. In der Schlussabstimmung befand die FRK über das Budget insgesamt. Die Kommission stimmte den Budget mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

GR Semeraro: Die SVP-Fraktion hat das Budget 2026 sehr intensiv und kontrovers diskutiert. Das Budget weist einen Aufwandüberschuss von gut CHF 2.8 Mio. aus. Aus unserer Sicht wäre es zwingend gewesen, noch konsequenter nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Der Stadtrat verweist zwar auf Einsparungen von rund CHF 230'000, doch diese sind in unseren Augen ungenügend und entsprechen eher Verschiebungen innerhalb des Budgets als echten Kürzungen. Für uns ist klar: Eine Leistungsüberprüfung bedeutet nicht nur, Positionen zu verschieben oder kosmetische Korrekturen vorzunehmen. Eine Leistungsüberprüfung heisst auch, auf gewisse Sachen zu verzichten. Genau diesen Willen vermissen wir in diesem Budget. Die SVP-Fraktion wird den Kommissionsanträgen grossmehrheitlich zustimmen. Wir behalten uns vor, gegebenenfalls noch Anträge einzubringen oder andere Anträge zu unterstützen. Trotz dieser Vorbehalte stimmt die SVP-Fraktion dem Budget 2026 einstimmig zu.

GR R. Herzog: Das städtische Budget 2026 schliesst besser ab, als auf der Grundlage vorausgehender Finanzpläne hätte befürchtet werden müssen. Unsere Fraktion hat das Budget beraten und stimmt ihm zu. Das Budget zeigt einen angemessenen Umgang mit den vorhandenen Mitteln und gleichzeitig das Bestreben, die Stadt Kreuzlingen auch in Zukunft weiterentwickeln zu können. Dafür muss der notwendige finanzielle Spielraum vorhanden sein. Gleichzeitig braucht es aber auch einen klar deklarierten Willen, solche Entwicklungen in Zukunft zu ermöglichen. Was wäre, wenn frühere politische Entscheidungsträger nicht auch entschieden hätten, zum Beispiel Investitionen in städtische Einrichtungen zu tätigen im Wissen darum, dass diese auch irgendwann finanziert und mitgetragen werden müssen? Stichwort Seeburg, Seeburgpark, Dreispitz, Bad Egelsee, Stadthaus und andere. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat auch den personellen Herausforderungen Rechnung trägt und, wo es notwendig ist, die Erhöhung des Stellenetats beantragt, wenn auch in einigen Fällen in eher knapper Form. Wachstum, und das erleben wir ja seit Jahren, erzeugt mehr Aufwand in der Verwaltung, ruft nach mehr Infrastruktur im Bereich Kultur, Freizeit, Sport, Verkehr, für das Alter etc. Die demografischen Veränderungen und Entwicklungen sind auch in Zukunft sorgfältig zu beobachten und die nötigen Massnahmen sind frühzeitig und mit Weitblick zu planen und umzusetzen. Ziel muss es sein, einen Investitionsstau, wie wir ihn in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben, zu verhindern. Wir freuen uns, dass wir mit den letzten paar Abstimmungen in der Stadt Kreuzlingen mit grossen Schritten aus diesem Stau herauskommen, was den verschiedenen positiven Volksentscheiden geschuldet ist. Die nächsten grossen Vorhaben, Stichwort städtische Verwaltungsliegenschaft Stadthaus und Wärmeversorgung Kreuzlingen stehen in naher Zukunft noch zum Entscheid an. Unsere

Fraktion wird einige Anträge der FRK, die bereits erwähnt wurden, unterstützen und, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, dem Budget einstimmig zustimmen.

Die Ratspräsidentin: Ich möchte anmerken, dass GR Käslin vor einer Weile eingetroffen ist und wir jetzt bei einem absoluten Mehr von 20 sind.

GR Wolfender: Wir von der FL/G/GLP-Fraktion haben uns intensiv mit dem Budget der Stadt Kreuzlingen auseinandergesetzt. Im operativen Geschäft rechnet es mit einem Defizit von CHF 4.4 Mio., was zusammen mit dem Finanzerfolg ein Enddefizit von CHF 2.8 Mio. ergibt. Damit sind wir immer noch im Rahmen der gesetzlich zulässigen Verschuldung. Das klingt gut, aber der Spielraum wird immer kleiner. Deshalb tun wir gut daran, das Budget und die zukünftigen Ausgaben gut zu prüfen. Auf Reserve budgetieren, sei es beim Personal oder auch bei den Investitionen, wird so sicher nicht mehr gehen. Die vorliegenden Stellenerhöhungen können wir gut nachvollziehen und sind aus unserer Sicht auch gut begründbar. Bei den Investitionen sieht es ein bisschen anders aus, obschon ich das Vorgehen der Finanzabteilung aus historischen Gründen auch verstehen kann. Aber dass die Finanzen die Kredite zum Teil global um 15 % kürzen und das nicht schon in den Abteilungen passiert ist, erstaunt uns schon. Im Rahmen der FRK wurden diverse Anträge gestellt, die wir zum Teil unterstützen werden, zum Teil werden wir sie nicht unterstützen. Im Grossen und Ganzen ist unsere Fraktion einstimmig für das vorliegende Budget, auf dass es 2026 auch wieder besser herauskommt, als wir das jetzt denken.

GR Lorenzelli: Wir von der MITTE/EVP-Fraktion sind der Meinung, dass das vorliegende Budget ausgewogen und solid ausgefertigt wurde. Die wichtigsten Finanzkennzahlen sind im grünen Bereich, und die Stadt selbst verfügt über eine robuste Finanzlage mit einem Eigenkapital von CHF 90 Mio. und einem stabilen Nettovermögen bis zum Ende dieser Budgetperiode. Genau diese solide Basis erlaubt es uns, den Steuerfuss beizubehalten, obwohl wir wissen, dass wir mit einem Defizit abschliessen werden. Wir wissen aber auch, dass noch ein Veranlagungsrückstand vorhanden ist. Und wir haben vom FRK-Präsidenten gehört, dass der Zufluss von Steuergeldern ins Positive dreht. Für die kommenden Projekte und Herausforderungen, Stichwort reduzierte Steuereinnahmen, haben wir überlegt, ob man den Steuerfuss vorsorglich anheben sollte. Aber wir sind zum Schluss gekommen, dass eine Vorausfinanzierung heute eigentlich nicht opportun und auch nicht mehr möglich ist. Wir von der MITTE/EVP-Fraktion werden dem Budget einstimmig zustimmen.

GR Salzmann: Hoherfreut ist die FDP-Fraktion, dass der Stadtrat trotz jahrelang gegenteiliger Aussage im jeweiligen Finanzplan in diesem Budget keine Steuerfusserhöhung vorgeschlagen hat, die wir als FDP hier und jetzt wieder mühsam hätten wegbeantragen müssen. Dafür grossen Dank. Der Stadtrat glaubt auch zu wissen, warum das so ist. Auf Seite 3 steht explizit: Dank der Sparbemühungen sowie günstiger Rahmenbedingungen, insbesondere höherer Steuereinnahmen. Die höheren Steuereinnahmen sind offensichtlich Millionen schwer. CHF 2.8 Mio., übersetzt 5.5 Steuerprozent. Die Sparbemühungen wurden im Text zwar zuerst genannt, sind aber trotz Lupe nicht ersichtlich. Wir werden im Lauf des Abends noch auf einzelne wenige Dinge zu sprechen kommen. Ich bin überzeugt, dass die Zusatzwünsche aus der Verwaltung, die unser Finanzchef Thomas Knupp wieder mühsam einsammeln musste, nicht als Sparen bezeichnet werden können, sondern als Vermeidung von Mehrausgaben. Auch dafür besten Dank. Im Gegensatz zum EnK-Budget ist dieses Budget sehr transparent und alle Fragen der FDP konnten an der FRK-Sitzung sehr kompetent beantwortet werden. Dafür herzlichen Dank an alle Beteiligten, aber natürlich besonders an Finanzchef Thomas Knupp und seinen Vorgesetzten – ich bezeichne ihn heute als Finanzstadtrat – Thomas Niederberger.

GR Schulthess: Das Defizitbudget ist geprägt von stark steigendem Personalaufwand. 5 % mehr, wo auch nächstes Jahr wieder 5 % von 5 % dazukommen. Eigentlich müsste der Stadtrat die Reduktion des Personals unter die Lupe nehmen und dringend das Personalwachstum einschränken. Natürlich muss man dazu das Aufgabenwachstum einschränken, aber auch das liegt mindestens in den Möglichkeiten des Stadtrats, dort ein bisschen entgegenzuwirken. Der Kommentar, dass alles notwendig ist, stimmt zumindest bei einer Personalaufstockung des Ordnungsdiensts nicht. Ich sehe nicht ein, warum wir in der Stadt noch mehr von denen haben sollen, die beim Falschparkieren in unser Portemonnaie greifen. Ich werde mir an den geeigneten Stellen einen Streichungsantrag erlauben. Die budgetierten Steuereinnahmen, die um 7.3 % höher sein sollen, finde ich recht mutig, um nicht zu sagen verdächtig, denn diese rücken das Budget in ein besseres Licht, als es tatsächlich ist. Wir werden es nächstes Jahr

sehen. Es wurde gesagt, die Kennzahlen seien in Ordnung. Dem kann man nicht zustimmen. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 22 % definitiv zu tief. Gegenüber jeglicher Lehrmeinung ist unter 30 % klar ungenügend und aus meiner Sicht nicht vertretbar. Der Selbstfinanzierungsgrad gehört irgendwo zwischen 30 % und 70 %. Entsprechend ist die Budgetdisziplin klar ungenügend. Ich würde empfehlen, das Budget als Folge davon abzulehnen.

Materielle Beratung

Budget Seite 4, Kapitel Rückfluss an Wirtschaft und Vereine

GR Salzmann: Im Text von Kapitel Rückfluss an Wirtschaft und Vereine klingt meines Erachtens ein gewisser Stolz durch. Wir, der Stadtrat oder die Stadt unterstützen Wirtschaft und Vereine. Nein, lieber Stadtrat, der Steuerzahler macht das auf seine Kosten. So wäre es korrekt. Jeder Franken, den man dem Kreuzlinger Steuerzahler abnimmt, um das Budget zu finanzieren, führt dazu, dass der Steuerzahler selbst diesen Franken nicht investieren oder damit konsumieren kann. Der Steuerzahler muss somit durch seine Unterstützung, die er für Vereine, Wirtschaft und Gewerbe macht, in dem Mass verzichten, wie er Steuern bezahlt. Das Unterschwellige "je mehr desto besser", welches ich hier spüre, ist somit nicht korrekt und im besten Fall eine Null-Summen-Spiel, wenn man annimmt, der Stadtrat weiss das Geld der Leute gleich gut auszugeben wie die Leute selbst. Allerdings eine gewagte These. Ich bitte daher zukünftig um Zurückhaltung bei dieser Beschreibung Rückfluss an Wirtschaft und Vereine.

Budget Seite 9, Konto 3411 Schwimmbad Hörnli, INV00232 PV-Anlage PP-Hörnli

GR Salzmann: Die Investition INV 00232 PV-Anlage Hörnli ist durch den Stadtrat bereits durch *3 gekennzeichnet. Das heisst, es gibt eine separate Botschaft, daher müssen wir dazu heute nichts beschliessen. Wir können später entscheiden, ob wir dafür oder dagegen sind. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, dem Stadtrat einige Sachen mitzugeben, und ich wäre froh, wenn ihr in der Botschaft folgende Fragen beantworten könntet: Aufgrund des grossen Zubaus der Photovoltaik gibt es in sonnigen Stunden so viel Energieproduktion, dass die Energie auf dem freien Markt teilweise für einen Negativpreis veräussert werden muss. Ich spreche nicht vom regulierten Preis, ich spreche vom freien Markt. Das betrifft heute in der Schweiz bereits 17 % der gesamten Schweizer PV-Stromproduktion, die man nicht nur verschenken muss, sondern bei der man sogar noch Geld hinterhergeben muss, damit irgendeiner sie abnimmt. 17 %, je mehr Zubau wir machen, desto höher wird diese Zahl. In Deutschland ist sie bereits wesentlich höher, da spricht man bereits von 30 %. Damit der Strom abgenommen wird, muss man also Geld hergeben. Also ist der weitere Zubau solcher Anlagen ein irres Konstrukt. In kleinem Umfang ist das in Ordnung, aber wir merken jetzt, dass wir an Grenzen stossen. Daher die Fragen: Wie gross wird die geplante Anlage im Hörnli sein? Auch 17 % oder mehr? Was kostet das die Volkswirtschaft, wenn wir Strom nicht nur verschenken, sondern sogar noch Geld bezahlen müssen? Und zwar aus Sicht der Volkswirtschaft und nicht aus Sicht des Investors Stadt. Wie hoch ist die Kapitalrendite dieser Investition über die gesamte Laufzeit unter dem gegenwärtigen Strompreis und der gegenwärtigen Energieregulierung, natürlich ohne den ökologischen Mehrwert? Dieser wird ohnehin bald auf null sein. Was muss beim Strompreis oder bei der subventionswirksamen Regulierung sein, damit die Rendite unter unseren langfristigen Fremdkapitalzins fällt, den Thomas Knupp für das Fremdkapital bezahlen muss? Warum soll der Steuerzahler die risikoreiche Investition machen und warum macht das nicht ein Privater mit risikofreien Nutzungszinsen für uns Steuerzahler? Warum betreiben wir zwei Stellen in der Stadtverwaltung, die sich mit diesem Thema befassen, also in der Liegenschaftsverwaltung unter SR Daniel Moos und im Departement Energie Kreuzlingen unter SR Thomas Beringer? Wenn man die Anlage als Energiewerk sieht, wie lange muss produziert werden, bis die Energie für die Rohstoffe, Produkte und den Bau der Anlage wieder hereinkommt? Ich wäre froh, wenn ihr diese Fragen in der Botschaft beantworten könntet.

Budget Seite 11, Konto 6310 Schifffahrt, INV 00236 Umbauarbeiten Hafenmeistergebäude

GR Andres, Präsident FRK: Ich gehe davon aus, dass von der Stadt der Antrag kommt, den Betrag um CHF 100'000 zu reduzieren. Im Namen der FRK stelle ich den Antrag, die Investition mit *3 zu versehen, damit es eine Botschaft an den Gemeinderat gibt.

STP Niederberger: Das ist richtig, wir beantragen eine Reduktion um CHF 100'000 von CHF 350'000 auf CHF 250'000. Unsere Budgetphase beginnt jeweils schon Anfang Jahr. In der Zwischenzeit hat man dieses Projekt nochmals optimiert und überarbeitet und hat es leider verpasst, die Kostenreduktion rechtzeitig ins Budget einzupflegen. Deshalb der Antrag für diese Reduktion. Zum Thema Mietzins habe ich nach der FRK-Sitzung mit den Verantwortlichen von Thurgau Tourismus Kontakt aufgenommen. Da hat es einen Wechsel gegeben. Der Chef ist jetzt Adrian Braunwalder. Der ehemalige Chef Rolf Müller ist jetzt im Verwaltungsrat oder im Vorstand Präsident. Ich kann berichten, dass Thurgau Tourismus sich bereit erklärt, einen Mietzins von CHF 18'000 zu bezahlen. Also eine Verdoppelung, was auch eine Verdoppelung des Quadratmeterpreises bedeutet. Wenn man den Quadratmeterpreis von vergleichbaren Anlagen betrachtet, kann man sagen, dass das auf diese kleine Fläche, die wir dort haben, ein sehr hoher Betrag ist. Aber an dieser Stelle die Bestätigung: Mietzins CHF 18'000 pro Jahr.

Die Ratspräsidentin: Wir haben zwei Anträge zu 6310 Schifffahrt INV 00236. Ich schlage vor, dass wir nachher zuerst über den Antrag des Stadtpräsidenten und dann über den Antrag aus der FRK abstimmen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats auf eine Reduktion des Investitionsbetrags auf CHF 250'000 wird einstimmig angenommen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK auf *3 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die Ratspräsidentin: GR Baumann ist inzwischen eingetroffen. Das absolute Mehr bleibt bei 20.

Beilage A, Erfolgsrechnung Budget 2026 – Funktionale Gliederung**Seite 1, 0120.3132 – Exekutive; Honorare Gutachten, Experten**

GR Schulthess: Da der Stadtrat von Kreuzlingen immer noch gegen mich prozessiert, glaube ich, dass diese CHF 30'000 hier nicht reichen, die er budgetiert hat. CHF 17'000 hat er bereits ausgegeben für einen Nonsens-Prozess. Ich empfehle, es auf CHF 50'000 zu erhöhen.

STP Niederberger: Ich möchte GR Schulthess darauf hinweisen, dass dieses das Budget 2026 ist und dass wir für 2026 noch keine Ausgaben hatten.

GR Schulthess: Ich halte an meinem Antrag fest.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess auf Erhöhung auf CHF 50'000 wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 6, 0224.3160.00 – Gesellschaft; Miete und Pacht Liegenschaften

GR Salzmann: Es geht hier um eine Ausgabe bei den Räumlichkeiten für Rat & Tat. Die Revisionsgruppe, bestehend aus allen Fraktionen dieses Rats, hat in ihrem Bericht zum Jahresabschluss Folgendes festgestellt: "Der Stadtrat wird gebeten, im Grundsatz zu prüfen, ob dieses Angebot aufrechterhalten werden soll. Falls ja, sollte eine Räumlichkeit innerhalb der städtischen Liegenschaften gesucht werden, da Nutzen und Aufwand für die Mietkosten in keinem Verhältnis stehen." Die Kosten habt ihr. Und was ist nun der Nutzen? Die Revisionsgruppe hat festgestellt, dass im Jahr 2024 70 Personen diese Lokalität besucht haben, das sind 1.3 Personen pro Woche – pro Woche, nicht pro Tag –, die alles Mögliche behandelt haben von Aufenthaltsbewilligungen, Wechsel des Telefonanbieters oder ob es weitere

Angebote für Kinder gibt. Solche Sachen wurden gefragt. Die Revisionsgruppe fragt sich meiner Ansicht nach zu Recht, ob das Angebot Rat & Tat im heutigen Zeitalter, wo praktisch jeder Zugang zum Internet hat und sich selbst umfassend informieren kann, zur Kernaufgabe der Stadt gehört. 70 Besucher, CHF 19'000. Ich beantrage Streichung dieser CHF 19'000.

GR R. Herzog: Der Kommentar sagt, ab 2026, und darum geht es, für temporäre Geschäftsstelle des Kult-X während Umbau bis Sommer 2027. Diese Position hat nichts mit Rat & Tat zu tun.

GR Salzmann: Darf ich vom Stadtrat in diesem Fall wissen, ob Rat & Tat jetzt aufgehoben worden ist oder nicht, so wie es GR Herzog mindestens mal impliziert. Zweite Frage: Ein Arbeitsplatz von Kult-X für CHF 19'000 bei einer Stadtverwaltung, wo man sicher die Möglichkeit findet, irgendwo einen Tisch aufzustellen, ist noch heavy. Gibt es da in der Stadtverwaltung keine Alternative?

SR Moos: Wir werden die Zeit der Zwischennutzung zum Anlass nehmen, Rat & Tat zu überdenken. Wir nehmen diese Gelegenheit wahr und denken Rat & Tat neu. Wir wollen schauen, ob das niederschwellige Beratungsangebot für unsere Bevölkerung weiterhin notwendig ist und werden im Lauf des nächsten Jahres einen Entscheid treffen, wie es mit Rat & Tat weitergeht. Bezüglich der Geschäftsstelle von Kult-X sind wir der Meinung, dass das eigentlich eine gute Möglichkeit ist, die Lokalität von Rat & Tat entsprechend zu nutzen. Durch die Nutzung der Büroräumlichkeiten bei Rat & Tat für Kult-X während den Umbauarbeiten entsteht eine Doppelnutzung. Erlauben Sie mir noch ein Wort, warum das aus unserer Sicht der richtige Ort ist. Erstens haben wir in der Marktstrasse 4 keinen Platz mehr. Unsere Büroräumlichkeiten sind voll. Daher sind wir auf eine externe Lösung angewiesen. Daraus ist die Idee entstanden, Büroräumlichkeiten von Rat & Tat für Kult-X zu nutzen.

GR Ch. Brändli: Was bezahlt das Kult-X für eine Miete?

SR Moos: Darüber habe ich keine Kenntnis. Das muss ich mit dem Verein Kult-X abklären. Während der Bauphase ist ein Betrag für Mieten von anderen Räumlichkeiten eingestellt, um den Betrieb des Kulturzentrums aufrechtzuerhalten.

GR Salzmann: Ich möchte daran erinnern, dass die Stadtverwaltung seit ungefähr einem halben Jahr an der Bärenstrasse ein neues, kleines Verwaltungsgebäude hat, wo doch etliche Mitarbeiter der Stadt Zuflucht gefunden haben. Da ist die IT und da sind noch andere Leute untergebracht. So schnell ist die Stadtverwaltung nun auch nicht gewachsen, dass man diese Verwaltungsliegenschaft einfach besetzt und sagt, für eine Geschäftsstelle haben wir keinen Platz mehr. Entschuldigung, das glaube ich einfach nicht.

Abstimmung

Der Antrag von GR Salzmann auf Streichung von CHF 19'000 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 7, 0225.3169.00 –Informatik; Miete Microsoft 365

GR Schulthess: Im Kommentar heisst es, es sind neue Mitarbeiter dazugekommen. Wie gesagt, das Stellenwachstum der Stadt hat nicht nur eine Wirkung bei den Löhnen, sondern im kompletten Budget. Aber der starke Anstieg von Microsoft-Lizenzen, nachdem Microsoft zum Thema Masterkey verloren und zur Sicherheit eine sehr schlechte Falle gemacht hat und es jede Menge Alternativen gäbe, die man prüfen könnte, müsste man dies auf eine vernünftige Zahl reduzieren. Mein Antrag lautet, die Position nicht auf CHF 139'000 zu erhöhen, sondern sie bei CHF 100'000 zu belassen, wie es in der Rechnung 2024 der Fall war.

STP Niederberger: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich kann dazu sagen, dass die GPK dieses Thema auf die Traktandenliste für eine nächste Sitzung genommen hat. Unser Informatikchef Stefan Bächli, Thomas Knupp und ich werden das System mit Microsoft 365 oder alternative Projekte mit der GPK besprechen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 3 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 7, 0225.4910.30 – Informatik; Interne Verrechnung Informatik

GR Dufner: Beim Informatikaufwand, der immer sehr technisch ist und von dem die Mehrheit von uns wahrscheinlich nicht sehr viel versteht, wobei es natürlich auch immer Ausnahmen gibt, ist mir aufgefallen, dass die Aufwände im Vergleich zum letzten Budget und der Rechnung nach meinem Verständnis gestiegen sind. Trotzdem kommt beim Konto 0225 mehr oder weniger dasselbe Resultat heraus. Nach meinem Verständnis ist das aufgrund der internen Verrechnung der Informatik, was ja auch Sinn macht. Bei der internen Verrechnung 2024 CHF 1.8 Mio., Budget 2026 CHF 2.5 Mio., also CHF 700'000 mehr, die die Stadt intern verrechnen kann, komme ich nicht draus. Daher meine Frage: Wie bestimmt sich die interne Verrechnung und wie wird sie zwischen den verschiedenen Abteilungen quantifiziert? Denn schlussendlich steuert man damit ja ein bisschen das Defizit aus dieser Sparte. Wie kommt die Zahl bei Interne Verrechnung im Budget zusammen?

STP Niederberger: Das wird nach Bezugsgrössen aufgeteilt. Die einzelnen Abteilungen brauchen zum Teil unterschiedliche Software, entsprechend wird das nach den Bezugsgrössen aufgeteilt und intern verrechnet.

GR Schulthess: Ich hätte vom Stadtrat bei Gelegenheit gern eine Aufstellung darüber, ob die Verschiebung der Bezugsgrössen aufgrund der zusätzlichen Mitarbeiter entsteht, respektive ob das proportional dort ist, wo die zusätzlichen Mitarbeiter sind.

Seite 8, 1110.3010.00 – Ordnungsdienst; Besoldungen

GR Schulthess: Nach meinem Dafürhalten ist das der Ort, wo die zusätzlichen Stellen für den Ordnungsdienst drin sind. Ich bin nicht sicher, ob es der richtige Ort ist. Es könnte auch sein, dass es unter 6152 ist. Mir scheint, mit CHF 87'000 ist die Erhöhung marginal. Bevor ich meinen Antrag stelle, möchte ich wissen, ob die 0.3 Stellen beim Ordnungsdienst in 3010 (*Anm. der Protokollführung: Seite 8, 1110.3010.00*) oder in 6152 (*Anm. der Protokollführung: Seite 39, 6152.3130.01*) enthalten sind.

GR Salzmann: Lieber SR Thomas Beringer, wir haben genau das in der FRK besprochen. Du hättest es eigentlich noch wissen können. Es ist 6152.3130.01. Es sind bisher CHF 26'000, die man ausgibt, was neu intern erbracht wird und neu CHF 0 kostet. Und die CHF 26'000 finanzieren die 0.3 Stellen. Da muss man nicht Thomas Knupp fragen, das muss man nur wissen.

Seite 8, 0290.3300.00 – Liegenschaften des Verwaltungsvermögens; Abschreibungen Grundstücke VV

Die Ratspräsidentin: Ich wurde hier auf einen Schreibfehler aufmerksam gemacht. In den Erläuterungen müsste es "Breitenrainstrasse 21" heissen.

Seite 19, 3290.3511.00 – Kultur; Einlage in Fonds EK (Kunstfonds)

GR Hebeisen: Ich mache jetzt ein psychologisches Selbstexperiment. Ich möchte wissen, wie man sich fühlt, wenn man wie GR Schulthess einen Antrag stellt, bei dem man sicher ist, dass er nicht angenommen wird. Deshalb mache ich das jetzt. Wir kürzen die Einlage in den Kunstfonds von CHF 35'000 im letzten Budget auf CHF 25'000. Ich beantrage, das auf CHF 35'000 zu belassen. Es ist ein kleiner Betrag, aber für die Künstler, die betroffen sind, wo manchmal Bilder für CHF 2'000 oder CHF 3'000 gekauft werden, bedeutet das viel. Über Kunst kann man natürlich streiten – diese beiden Beispiele hier zeigen das. Es gibt Kunst, die sehr gefällig ist und allen gefällt. Dann gibt es Kunst, bei der man denkt, was das wohl soll. Nach langem Überlegen kommt man dann vielleicht darauf, dass es doch etwas soll. Es ist eigentlich Sinn und Zweck der Kunst, Fragen zu wecken. Für die Künstler ist es wichtig, für die Zuschauer, die sich Zeit nehmen, ist es wichtig, und ich finde es einfach auch am falschen Ort gespart. Ich möchte nicht Sport und Kunst in ein Konkurrenzverhältnis bringen, aber wir haben CHF 26 Mio. fürs Schlittschuhlaufen und wollen, wo es Künstler betrifft, CHF 10'000 sparen. Das finde ich ein bisschen bieder. Deshalb mein Antrag.

GR Salzmann: Ich glaube, wir müssen uns überlegen, welches die Kernaufgabe des Staates ist. Und Künstlerförderung in einem Übermass ist es wahrscheinlich eher nicht.

GR Wolfender: Definiere Übermass.

GR Salzmann: Für mich wäre CHF 25'000 schon zu hoch, und eigentlich hätte ich gern einen Antrag auf null gestellt. Aber dann gibt es die zwei Anträge auf CHF 0 und CHF 35'000, dann habe ich Angst, dass der Betrag sogar noch erhöht wird. Deshalb lasse ich es.

Abstimmung

Der Antrag von GR Hebeisen wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

GR Hebeisen: Um eine Rückmeldung zu geben, das Gefühl ist gar nicht so schlimm, Georg.

Seite 34, 5460.3010.00 – Integration; Besoldungen

GR Schulthess: Unter Integration Besoldungen ist auch ein erhebliches Stellenwachstum enthalten, welches aus meiner Sicht unnötig ist. Selbstverständlich müssen wir Integrationsmassnahmen machen, aber das Wachstum von CHF 77'000 in der Rechnung auf CHF 115'000 mit neuen Stellenprozenten ist nicht das vom Stadtrat beweihräucherte Sparbudget. Ich beantrage die Reduktion auf CHF 80'000 entsprechend dem Betrag der Rechnung.

STP Niederberger: Ich denke, dass ich es wahrscheinlich weiss. Weil der Abteilungsleiter wechselt, hat es im Departement eine Reorganisation gegeben, weshalb der Personalaufwand auf verschiedene Schultern verteilt wird. Da ist sicher die Integrationsverantwortliche drin, dann wird auch noch ein Anteil für den Abteilungsleiter drin sein, der hier aufgerechnet wird.

SR Moos: Gleichzeitig möchte ich noch darauf hinweisen, dass im Budget 2025 CHF 121'500 eingestellt waren und es im Budget 2026 CHF 115'500 sind. Was GR Schulthess wahrscheinlich gemeint hat, ist die Rechnung 2024, dort waren es CHF 77'417.60.

GR Ch. Brändli: Sind das Verschiebungen innerhalb der Konten oder Mehrkosten?

STP Niederberger: Es sind keine Mehrkosten. Wir machen genau dasselbe, was wir immer gemacht haben.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 35 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 36, 5790.3010.00 – Verwaltung Sozialhilfe / Asylwesen; Besoldungen

GR Semeraro: Es geht um die Assistenzstelle Soziale Dienste. Im Protokoll ist bereits festgehalten, welche Aufgaben die neue Assistentin übernehmen soll. Administrative und organisatorische Unterstützung, Protokollführung, Terminmanagement, Schnittstellenarbeiten. Ich würde vom Stadtrat gern hören, warum es für genau diese Aufgaben ein Vollpensum von 100 % braucht, denn aus der Sicht unserer Fraktion würde das wahrscheinlich auch mit einem reduzierten Pensum gehen.

SR Brüllmann: Wir haben 100 % befristet ins Budget genommen, weil wir der Auffassung sind, dass wir Entlastungsaufgaben brauchen. Einerseits bei der Sozialhilfe, aber andererseits auch bei anderen Ressorts. Wie Sie in der GKS bzw. in der GPK gehört haben, liegen unsere Fallzahlen in der Sozialhilfe im Moment bei 92. Die KOKES-Richtlinie macht einen Schnitt bei 60, was eigentlich das Maximum wäre. Statt dass wir Sozialhilfemitarbeitende einstellen, wollen wir eine Verbundaufgabe in der Mitte des ganzen Departements machen, die uns einerseits in der Führungsebene Entlastung bringt, andererseits auch in der Administration der gesamten Abteilung. Wir sind sehr davon überzeugt, dass erst dann die entlastende Wirkung entfaltet werden kann. 100 % sind notwendig, da bei der Berufsbeistandschaft, wo wir die Stellen eingestellt haben, Administrationsentlastung in der Führung ebenfalls notwendig ist. Bei der Berufsbeistandschaft haben wir einen Berufsbeistandschaftsmitarbeitenden 100 % sowie 100 % für die Administration. Eigentlich bräuchten wir 210 % bei der Administration und 180 % bei der Berufsbeistandschaft. Sie sehen, wir haben dort nicht alles aufgebaut, was wir eigentlich bräuchten. Letztlich ist das eine Belastung für die Berufsbeistandschaften, die im Thurgauer Schnitt von 2023 auf 2024 um 4 % angestiegen sind, bei uns in Kreuzlingen sind sie aber um 12 % angestiegen. In diesem Jahr haben wir bereits jetzt einen Anstieg von 6.4 %. Das heisst, wir bräuchten dort eigentlich eine 100%-Stelle mehr, abgesehen von den KOKES-Richtlinien die wir in den Kommissionen auch präsentiert

haben. Wir brauchen diese 100%-Stelle, andernfalls haben wir die entlastende Wirkung nicht vollumfänglich.

GR Semeraro: Vielen Dank für die Klarstellung. Ich stelle keinen Antrag.

GR Schulthess: Dann übernehme ich das für die SVP, die sich offenbar wieder einmal nicht getraut. Die Stelle wird jetzt aufgeteilt und wird demnächst in jeder Partie durch drei Stellen ersetzt. Das wisst ihr ganz genau, das könnt ihr heute in einem Jahr im Budget nachlesen. So ist es auch mit der Kommunikationsstelle gelaufen. Ich will euch nicht langweilen. Ihr wisst genau, dass wir immer zuerst eine 30%-Stelle schaffen, auf die sie dann aufbauen, sie vielleicht zuerst noch verteilen. So war es auch mit der Integrationsbeauftragten, so läuft es jedes Mal. Die SVP möchte das Feeling nicht, bei einem Antrag allein zu sein. Ich stelle den Antrag, es auf den bisherigen Betrag zu reduzieren.

GR Neuweiler: Ich bin sonst nicht unbedingt für Stellenerhöhungen, aber hier muss ich sagen, wenn wir es nicht machen, müssen wir stattdessen Springer einstellen, die drei Mal teurer sind. Die Arbeit muss gemacht werden, die Berufsbeistandschaft ist am Anschlag und sie kann ja auch nichts dafür, dass sie diese Arbeit bekommt. Diese wird von der KESB zugewiesen. Man kann diese Stelle schon streichen, dann wird SR Brüllmann mit Springern arbeiten, die drei Mal teurer sind, dann haben wir auch nichts gewonnen. Ich bin auch nicht erfreut, dass die KESB anscheinend immer mehr Arbeit bekommt, aber dieses Problem können wir hier nicht lösen, es ist ein gesellschaftliches Problem. Ich weiss nicht, woran es liegt, aber auf alle Fälle wird es nicht billiger, wenn wir dann mit Springern arbeiten.

GR Schulthess: Es ist ein politisches Problem, nicht nur ein gesellschaftliches. Es ist die Folge der Politik, die man hier drin macht. Wenn wir den Druck, das zu lösen, nicht ausüben, wird es weiterwachsen. Springer erhalten keine Dienstaltersgeschenke, bei Springern kann man das Vertragsverhältnis auch wieder beenden, Springer haben kein Sabbatical. Auf den ersten Blick sind Springer teurer, auf den zweiten Blick sind Springer temporäre und recht dynamische Mitarbeiter. Falls ihr unbedingt findet, ihr müsst es so aufbauen, dann lieber Springer als Fixstellen für die nächsten 50 Jahre.

GR Bitschnau: Ich möchte GR Schulthess darauf hinweisen, dass sein Antrag eine Erhöhung des Budgets bedeuten würde. Du hast gesagt, auf die vorherige Position zurückzutun. Die Zahlen der Rechnung 2024 und des Budgets 2025 sind höher als der Betrag im Budget 2026. Falls du das nicht erhöhen möchtest, musst du deinen Antrag anpassen.

Die Ratspräsidentin: Kann jemand beziffern, wie viel diese Stelle ausmachen würde? Sonst würde ich vorschlagen, dass wir den Antrag verschieben, bis eine Zahl herausgefunden wurde. Ist das in Ordnung, GR Schulthess?

GR Schulthess: Das ist in Ordnung.

SR Brüllmann: Ich darf in Erinnerung rufen, es ist ja eigentlich kein Wunschkonzert. Wir haben verpflichtende Aufgaben. Die gesetzlichen Grundlagen verpflichten uns zumindest in der Sozialhilfe und in der Berufsbeistandschaft, zum Teil auch Sozialversicherungen. Eine Verbundaufgabe, eine Triage als zentrale Aufgabe mit einer Springerin lösen zu wollen, kann man, aber das Blöde ist dann, wenn die Springerin wieder geht, läuft auch das Know-how, welches sie im Bereich der Verbundaufgaben gebildet hat, wieder zur Tür hinaus, aber wir sollten dieses eigentlich auch in Zukunft haben. Ich bitte deshalb, von diesem Antrag in unbestimmter Höhe Abstand zu nehmen.

GR Schulthess: Ich würde sonst empfehlen, auf dieser Dienststelle die Anrufe bis um 12:00 Uhr anzunehmen und nicht nur bis 11.30 Uhr. In der Privatwirtschaft nimmt man Anrufe auch um 12.15 Uhr an. Und schon habt ihr eine Menge Volumen geschaffen, das ihr nicht personell aufbauen müsst.

SR Brüllmann: Ich werde nicht über einen Betrag sprechen können, denn aus Datenschutzgründen ist es heikel. Ich möchte hier nicht den Lohn eines zukünftigen Mitarbeitenden breitschlagen, das geht nicht. Ich darf vorschlagen, wenn hier eine Reduktion stattfinden soll, sollte diese über die Stellenprozente der besagten Stelle passieren. Jetzt ist eine 100%-Stelle eingestellt. Diese brauchen wir, ich habe es vorhin ausgeführt. Nun müsste der Antrag lauten, um wie viel die Reduktion dieser 100%-Stelle gemacht werden müsste.

GR Schulthess: Das können wir so machen, es würde sich aus meiner Sicht auch nur auf die erhöhten 30 % beziehen. Wir wissen, das Spektrum liegt irgendwo zwischen einem Lehrlingslohn und dem Lohn des Stadtrats von CHF 260'000 im Jahr. Übrigens noch als Seitenbemerkung: Die SKOS-Richtlinien werden zwar sehr oft verwendet, sie sind aus meiner Sicht für uns aber nicht verbindlich. Sie werden

einfach berücksichtigt. Es gibt aber noch viele andere Orte, wo man diese SKOS-Richtlinie infrage stellen könnte. Deshalb lautet mein Antrag auf Reduktion um eine 30%-Stelle.

SR Brüllmann: Das mit der SKOS hat einen Haken. Die Sozialhilfeverordnung macht einen Bezug zu den SKOS-Richtlinien. Wir sind somit gesetzlichen Grundlagen unterworfen. Es ist für uns Gesetz, ob wir es gut finden oder nicht. In der Verordnung der Sozialhilfegesetzgebung ist der Bezug auf die SKOS-Richtlinien im Thurgau explizit verbrieft.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 38 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 39, 6152.3010.00 – Parkplatzbewirtschaftung; Besoldungen

GR Schulthess: Mein Antrag lautet Reduktion um eine 30%-Stelle eines Ordnungsdienstlers, der nur in die Kasse der Kreuzlinger Bürger greift und deren sauer verdientes Einkommen reduziert und keinerlei Beitrag zur Sicherheit in dieser Stadt leistet.

SR Beringer: Das ist eine 30%-Stelle, die sich eigentlich aufhebt. Es ist ein Null-Summen-Spiel. Und es ist nicht so, wie GR Schulthess glaubt, dass wir im Ordnungsdienst jetzt mehr Bussen verteilen, sondern das ist eine Stelle, die genau für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger da sein soll. Das Nachtparkieren macht bis jetzt für uns die Firma Securitas. Die Firma Securitas hat den Auftrag, in der Nacht Autos zu kontrollieren und zu schauen, wer mehr als zwei Nächte parkiert. Diese werden aufgeschrieben und bezahlen dann eine Nachtparkiergebühr. Das ist der Auftrag der Securitas. Wir möchten mit der Securitas nicht mehr weiter zusammenarbeiten, sondern möchten diese Dienstleistung mit der Aufstockung um 30 % selbst ausführen. Das bedeutet, dass wir diese Nachtpatrouillen mit unseren eigenen Leuten machen können, einerseits um das Nachtparkieren zu kontrollieren, was wir mit der Securitas ja schon machen, andererseits durch die Ortskenntnisse der Leute, die bei uns arbeiten, einen Mehrwert für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu generieren. Denn sie wissen, in welchen Quartieren vielleicht einmal irgendetwas vorgefallen ist und können so gezielt die Patrouille zuerst dort machen, wo sie das Gefühl haben, da könnte es allenfalls Leute haben, die in der Nacht herumstreifen. Sie werden auf der Nachtpatrouille zu zweit unterwegs sein und gleichzeitig auch ein bisschen die Häuser überwachen oder schauen, dass in Kreuzlingen Ordnung herrscht. Es kann immer etwas passieren, aber diese Leute sollen der Bevölkerung das Gefühl geben, dass unsere eigenen Leute für die Sicherheit schauen. Wir haben das Gefühl, dass das für die Stadt ein Mehrwert ist. Die Securitasleute machen ihren Job, schau aber nicht links und rechts. Sie schauen einfach die Autonummern an, und wir schauen weiter. Das sollen diese 30 % bewirken. Man sieht es auf dem Konto 6152.3030.01 Dienstleistung Nachtparkieren, welches von CHF 26'000 auf CHF 400 reduziert wurde.

GR Schulthess: Es ist ein bisschen eine armselige Haltung, dass man die Leute überwachen muss, die zwei Nächte auf einem Parkplatz übernachten. Es bräuchte aus meiner Sicht weder Securitas noch diese 30%-Stelle, sondern man kann die Leute einfach in Ruhe lassen. Jetzt bin ich plötzlich nicht mehr sicher. Bisher waren wir uns doch einig, dass der Ordnungsdienst keinerlei Sicherheitsaufgaben erfüllt, sondern dafür habt ihr ungenannt viele Sicherheitsdienste wie ATS, Securitas, Grenzwacht und weitere Private. Das wäre neu, dass die Patrouillen etwas zum Thema Sicherheit machen. Bisher hast du uns gesagt, dass die das nicht dürfen und dass es diese Möglichkeit nicht gibt. Jetzt wird es aber spannend in einem anderen Thema, das möchte ich noch gern wissen. Und wenn ihr das Problem lösen wollt, das habe ich euch auch schon aufgetischt, müsst ihr die Asylempfangsstelle schliessen. Sind jetzt neu die Leute vom Ordnungsdienst für die Sicherheit der Kreuzlinger Bürger da? Bisher hast du gesagt, das gehe nicht, das sei Sache der Kantonspolizei.

SR Beringer: Das ist richtig. Sicherheit ist Sache der Kantonspolizei. Wenn es um ein Delikt geht, welches geahndet werden muss, ist die Kantonspolizei dafür zuständig. Wir können in der Nacht, während wir den Job des Nachtparkierens machen, was übrigens eine Aufgabe ist, die im Parkierungsreglement geregelt ist, Beobachtungen machen. Dadurch können wir Präsenz markieren. Wir sind in der Nacht in den Quartieren mit unserem angeschriebenen Auto, welches von Kreuzlingen

ist, präsent. Wenn wir die Augen links und rechts offen haben und etwas feststellen, bieten wir sofort die Kantonspolizei auf. Wir selbst dürfen das nicht, das ist richtig.

GR Merk: Georg Schulthess, ich wäre erstens froh, wenn du dich kurz halten und nicht bei jedem Votum noch einen Rundumschlag abgeben würdest. Hier geht es bei dieser Parkierungssache darum, dass du findest, dass sich da Leute Mühe geben, Leute zu erwischen, die falsch parkieren. In einer der Kommissionen hat GR Ruedi Herzog gesagt, Leute, die falsch parkieren, machen etwas Falsches. Es werden nicht Leute gebüsst, die ihre Parkuhr richtig einstellen oder die Parkdauer auf ihrer Twint-App richtig einstellen. Ich hoffe, wir sind uns grundsätzlich einig, dass wenigstens das noch gilt. Ich wäre froh, wir könnten die Diskussion auf den Punkt bringen, dann müssten wir uns solches nicht anhören.

GR Salzmann: Ich verstehe diese Diskussion nicht. Die Besoldungen nehmen um CHF 24'000 zu, die Sozialversicherung nimmt um CHF 2'000 zu, das sind CHF 26'000. Das ist exakt der Betrag, der im von SR Beringer genannten Konto eingespart wird. Es ist also ein Null-Summen-Spiel. Wenn er den Eindruck hat, dass ein Insourcing noch einen Mehrwert bietet, soll er ihn haben oder auch nicht, das ist mir eigentlich egal. Aber wir geben keinen Rappen mehr aus.

GR Schulthess: Ich halte an meinem Antrag fest, diese Stellenprozente braucht es nicht. Und an GR Merk: Vielen Dank für die Belehrungen des Lehrers. Ich nehme mir so viel Redezeit, wie ich will, egal ob du das anders siehst.

Abstimmung

Der Antrag von GR Schulthess wird mit 1 Ja-Stimme gegen 38 Nein-Stimmen abgelehnt.

Seite 39, 6152.3130.40 – Parkplatzbewirtschaftung; Bank-, Depot- und Postcheckgebühren

GR Dufner: Mir ist aufgefallen, dass das ein hoher Betrag ist. Gemessen an den Einnahmen sind es ungefähr 3 %. Ich gehe davon aus, dass mir das auf die Schnelle niemand beantworten kann und bitte deshalb den Stadtrat, mir bei Gelegenheit eine Antwort zu geben, wie wir in der heutigen Zeit so viel Depot- und Postcheckgebühren bezahlen können. Das macht für mich nicht viel Sinn. Die Angelegenheit ist nicht dringend, Danke für die Antwort bei Gelegenheit.

Seite 42, 6230.4510.00 – Agglomerationsverkehr; Entnahme aus Spezialfinanzierung EK

GR Salzmann: Die CHF 2.1 Mio. stammen aus dem Parkierungsfonds. Das ist die Verschleierung der ÖV-Kosten, die wir jetzt teilweise über den Parkierungsfonds finanzieren. Auf Seite 41 sehen wir, wie viel an Steuergeldern wir dazu noch bezahlen, das sind CHF 1.815'600. Insgesamt sind es CHF 3.9 Mio., die der Stadtbus kostet. Übersetzt sind das 8 Steuerprozente oder ein Achtel aller Steuereinnahmen, wenn man das nicht über den Parkierungsfonds intransparent verschleiern würde. Das zeigt auch, dass der Stützlibus, der ursprünglich weniger als CHF 1.8 Mio., sondern etwa CHF 1 Mio. war, ausschliesslich durch den Steuerzahler bezahlt wird. Ich bin überzeugt, dass wir in dieser Stadt noch viele weitere Anspruchsgruppen unterschiedlicher Couleur haben und dass so eine Konzentration von ungebundenen Ausgaben auf ein einziges Thema unserer Gemeinschaft nicht dienlich sein kann. Es wird dann einfach woanders gespart, zum Beispiel im Kunstfonds. Ein Kürzungsantrag ist wegen der noch laufenden Botschaft beim Stützlibus dieses Jahr nicht möglich. Ich appelliere da aber an den Stadtrat, künftig ideologiefreier und vernünftiger mit diesem Thema umzugehen.

SR Zülle: Zuerst einmal: Es ist kein Fonds, es ist eine Spezialfinanzierung. Ein Fonds ist etwas anderes. Ein Fonds ist losgelöst von der übrigen Kasse, das ist es nicht. Es ist eine Spezialfinanzierung, die mit Parkgebühren und Bussgeldern geäufnet wird, und das sind keine Steuern. Auch das, lieber GR Salzmann, ist finanztechnisch falsch, was du da sagst. Das sind Gebühren. Im Reglement ist geregelt, wie diese Gebühren zweckgebunden gebraucht werden dürfen. Wir haben eine Demokratie und hier einen Rat mit 40 Mitgliedern. Gemeinderäte, die dieses Reglement verändert haben, um den ÖV zu stärken. Wir haben deswegen ein sehr grosses Ansehen, und in der Bevölkerung ist das sehr gut angekommen. Es ist befristet bis Ende 2026, das ist das eine. Und das zweite ist, dass wir uns überlegen, es um zwei weitere Jahre zu verlängern. Dafür braucht es eine Botschaft an den Gemeinderat. Auch hier wieder demokratisch. Diese 40 Leute haben zu bestimmen, was richtig oder falsch ist. Und es ist nicht so, dass wir etwas verschleiern. Es ist furchtbar, wenn ich von dir solche Wörter höre. Wir

verschleiern nichts, es ist alles transparent ausgewiesen, und ich möchte dich bitten, dich ein bisschen zu zügeln.

GR Salzmann: Besten Dank für dein Votum, SR Zülle. Erstens habe ich in diesem Punkt niemandem Rechtswidrigkeit unterstellt, auch dem Stadtrat nicht. Und zweitens habe ich lediglich gesagt, übersetzt sind das 8 Steuerprozent. Ich habe nicht gesagt, dass es Steuergeld ist. Besser zuhören und dann nicht schimpfen.

Seite 48, 7610.3131.00 – Luftreinhaltung und Klimaschutz; Planungen und Projektierung Dritter

GR Salzmann: Die Stadt Kreuzlingen ist durch viele Regulierungen von Bund und Kanton gebunden und besitzt ja bekanntlich nur wenig Spielraum. Wir haben es vorhin von SR Brüllmann am Beispiel der SKOS bei den Sozialen Diensten gehört. Daher hat es im Budget viele sogenannte gebundene Ausgaben. Wenn man aber noch mehr Eigenverantwortung abgeben will, als Regulierungen von Bund und Kanton das ohnehin schon machen, schliesst man sich am besten einem Label an. Ein solcher Verein macht dann Vorschriften, kontrolliert deren Einhaltung und verleiht Medaillen wie zum Beispiel beim Label Energiestadt. Der Vorteil ist, man muss sich nicht mehr bemühen, selbst nachzudenken, was in unserem spezifischen Fall wirklich sinnvoll ist und was nicht. Man rennt einfach dieser Medaille nach. So trägt der Stadtrat die Goldmedaille Energiestadt mit geschwellter Brust vor sich her, bezahlt von unseren Steuerzahlern. Das Label ist erhoben genug, damit ist das Thema nämlich politisch abgeräumt, und es gibt keine Diskussionen mehr darüber. Viele Massnahmen in diesem Bereich mögen sicherlich sehr sinnvoll sein, das ist überhaupt keine Frage. Aber sollten wir nicht eigenverantwortlich entscheiden, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist? Ja, das meinen immer mehr Gemeinden. In diesem Jahr sind bereits 15 Gemeinden aus dem freiwilligen Regelwerk Energiestadt ausgetreten, darunter zum Beispiel Altstätten, Oberried, Widnau, Au, Steinach, Dietlikon, Lausen, St. Moritz, Thusis, Arth-Goldau. Ja, auch eine kleine Thurgauer Gemeinde, Bettwiesen. Ich glaube nicht, dass wir uns weiterhin diesem freiwilligen Regelwerk unterwerfen sollten, sondern wir sollten selbst schlau genug dafür sein, was wir tun. Nochmals: Es ist nicht alles falsch, was wir machen. Ich beantrage deshalb, diese Rezertifizierungskosten von CHF 5'000 für das Energielabel Gold zu entfernen, also eine Reduktion der budgetierten CHF 15'000 auf neu CHF 10'000.

SR Zülle: Wir haben einen klaren Auftrag, nämlich unseren Verbrauch zu reduzieren, und zwar vor allem den CO₂-Ausstoss zu reduzieren und Energie einzusparen. Es gibt gesetzliche Vorgaben, wie wir das machen müssen. Wir haben auch einen Richtplan, an den wir uns halten müssen. Wir haben Legislaturziele, an die wir uns halten müssen. Jetzt muss das Ganze natürlich erfasst werden. Wir müssen es messen und vergleichen können, dafür braucht es ein Managementtool, dazu braucht es eine Software, dazu braucht es eine Beratung. Dazu braucht es jährliche Kontrollen, wo wir stehen. Wir machen das mit dem Energiestadtlabel mit dem Verein Energiestadt. Du hast von 15 Austritten gesprochen. Bei diesem Verein sind 700 Gemeinden dabei. 475 haben das Energiestadtlabel, 89 haben Energiestadt Gold. Uns geht es nicht einfach um diese Goldmedaille, sondern das erreicht man, wenn man die gesetzlichen Vorgaben relativ gut und zügig umsetzt. Machen müssen wir es sowieso. Es geht nur darum, wie man es vergleichen kann, und das kann man mit diesem Managementtool. Und es ist nicht ein Verein, der uns sagt, was wir zu tun haben. Das hat nichts damit zu tun, sondern es hat nur mit einer Software und einer Beratung zu tun. Und das Tüpfchen auf dem I ist, dass man ein Label bekommt. Aber wir machen das nicht einfach wegen der Goldmedaille. Wir machen es, weil wir der Umwelt Sorge tragen wollen. Das ist ein klares Ziel der Legislatur und des Richtplans. Die Kosten waren CHF 29'100 zwischen 2023 und 2026. Von den CHF 10'000, die wir für 2026 budgetieren, sind CHF 5'000 für den Vereinsbeitrag. Wenn man den streicht, müssen wir aus dem Verein austreten. Dann müssen wir aber etwas anderes machen. Dann brauchen wir ein neues Tool und eine externe Beratung, die uns zeigt, wo wir bei der Energie mit dem Absenkpfad stehen. Wir müssen das ausweisen können, also müssen wir es dann an ein externes Ingenieurbüro geben, welches uns dort berät. Jetzt machen wir es kostengünstig. Und weil so viele dabei sind, kann man es miteinander kostengünstig machen. In diesem Geld ist nämlich der Fortschritt, und alles, was wir da drin haben, enthalten. Und was auch noch schön ist, wir lassen den Worten auch Taten folgen. Wir wollen der Energie Sorge tragen, wir wollen den Absenkpfad erreichen und wir wollen das auch vergleichen und messen können. Das Messen ist

eigentlich das, was wir machen, und kein Verein schreibt uns etwas vor. Das ist völliger Unsinn. Ich bitte euch, diesen Antrag abzulehnen.

GR Dal Dosso: Ich würde auch dringend abraten, dem Antrag stattzugeben. Wir haben es gehört, es ist ein Rahmen von Messinstrumenten und Software. Wenn wir die Umweltziele dieser Legislatur und der Stadt ernst nehmen, würde ich nicht leichtsinnig, weil es ein paar Franken kostet, diese Mitgliedschaft abgeben.

Abstimmung

Der Antrag von GR Salzmann wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Seite 50, 7900.3131.05 – Raumordnung; Rahmennutzungsplanung

GR Dufner: Wir sehen hier eine Differenz von CHF 58'000 auf CHF 132'000 bzw. im Vergleich zur Rechnung von CHF 31'000 auf CHF 132'000. Was ist das Freiraumkonzept genau? Insbesondere weil wir schon ein Strukturierungsgebiet Kreuzlingen haben (Vertiefung aus der freiraumplanerischen Sicht), stelle ich mir die Frage, was ist das genau und warum machen wir das?

SR Zülle: Wir haben alle 15 bis 20 Jahre eine Ortsplanungsrevision. Bei der letzten hat man ein Freiraumkonzept gemacht, wo man mit der Verdichtung der Stadt ausscheidet, wo es noch Freiräume gibt und wo wir diese erhalten sollten. Daraus entsteht ein Freiraumkonzept. Jetzt haben wir wieder eine Ortsplanungsrevision hinter uns. Diese ist seit Januar vollständig in Kraft. Jetzt geht es darum, das Freiraumkonzept wieder auf den neuesten Stand zu bringen, also den ganzen Zonenplan anzuschauen, wo es Freiräume gibt, die für die Bevölkerung wichtig sind. Das geht von Spielplätzen über Begegnungszonen und Begegnungsräumen bis zum Seeanstoss. Also Räume, die wir bei der Verdichtung, die wir vorhaben, besonders schützen sollten. Im Gegensatz zu anderen Städten haben wir nicht neues Bauland eingezont, sondern gesagt, wir verdichten nach innen, weil wir da Potenzial haben. Verdichtet wird mit dem Zonenplan. Aber damit das nicht überschwänglich wird und nicht alles zubetoniert wird, versucht man, gewisse Räume zu erhalten. Diese werden untersucht und festgelegt. Das ist der Grund, warum wir in der Raumplanung Mehrausgaben haben, indem wir das Konzept nach der Ortsplanungsrevision nachgelagert wieder auf Vordermann bringen, damit das wieder genau stimmt. Es ist also eine Nachlagerung der Ortsplanungsrevision.

GR Dufner: Ich habe zwei Nachfragen: Was ist der genaue Kostenpunkt und wann war die letzte freiraumkonzeptionelle Gestaltung? Nach meinem Verständnis ist es eine Aufarbeitung, und was ich gefunden habe, ist aus 2017 oder 2018, also noch nicht 15, sondern 8 Jahre her. Bekommt der Gemeinderat das Freiraumkonzept auch in irgendeiner Form zugestellt? Denn das wäre zum Beispiel für die BU oder ähnliches wirklich spannend.

SR Zülle: Selbstverständlich berichten wir in der BU immer darüber, wo wir auch immer nach Themen fragen. Es kostet rund CHF 80'000. Beim letzten Konzept habe ich eine Zahl von 2010, das war nachgelagert an die vorherige Ortsplanungsrevision. Das ist jeweils nicht in drei Monaten gemacht, das dauert ein bisschen länger. Dieses Freiraumkonzept ist jetzt budgetiert in der Annahme, dass wir es bis Ende 2026 gemacht haben. Selbstverständlich zeigen wir es, und es ist hochinteressant, es anzuschauen.

Beilage B, Beiträge Budget 2026

Seite 4 – Subventionierte Mieten: Feuerwehr / Konto 1500.3636.01.00

GR Andres, Präsident FRK: Der Antrag der FRK lautet, die subventionierte Miete Feuerwehr um CHF 20'000 zu reduzieren, verbunden mit dem Auftrag an den Stadtrat, bis am 30. Juni 2026 dem Gemeinderat eine Berichterstattung inkl. Konzept oder alternativen Nutzungsmöglichkeiten und finanziellen Konsequenzen vorzulegen.

GR Salzmann: Ich erlaube mir, noch einen weitergehenden Antrag zu stellen. Den Antrag zum Feuerwehrmuseum habe ich im letzten Jahr schon gestellt, und im Lauf dieses Jahres habe ich abgeklärt, wie die Verhältnisse sind. Es gibt einen Feuerwehrverein und eine Feuerwehrstiftung. Die

Feuerwehrstiftung ist Eigentümerin der Ausstellungsstücke unter unserem Boden, soweit es sich nicht um Leihgaben handelt. Die Stiftung hat ein Cash-Vermögen von CHF 80'000 aufgrund von früheren Subventionen durch den Steuerzahler. Beiträge Feuerwehr Stiftung sind jetzt CHF 1'000 im Budget, früher war das noch mehr. Ausgaben hat die Stiftung im geringen dreistelligen Frankenbetrag, also da läuft nichts. Der Stiftungsrat besteht aus dem Feuerwehrkommandanten Marc Hungerbühler, dem zuständigen Stadtrat SR Thomas Beringer sowie einem Verwandten des ehemaligen Kommandanten Weltin. Also zwei Drittel der Stiftungsratsmitglieder sind städtische Angestellte. Die Stiftung ist Mieterin der beiden Flächen für das Feuerwehrmuseum und die Feuerwehrbeiz. Der Feuerwehrverein betreibt neben seiner Beiz auch das Museum. SR Beringer hat mir verdankenswerterweise die Aufteilung der Kosten von CHF 50'500 für die beiden Flächen mitgeteilt. Es sind 73.4 % für das Museum, der Rest ist für die Beiz. Oder formuliert in Franken: CHF 37'067 ist die subventionierte Miete für die Fläche des Museums und CHF 13'433 ist die Miete der Fläche für die Beiz, die der Verein betreibt. Das Gutachten vom Herrn Bruder vom Rosenegg, welches im Lauf der letzten zwölf Monate erstellt wurde, hat ergeben, dass das Museum nicht unbedingt als sehr wertvoll einzustufen ist. "Die Sammlung des Feuerwehrmuseums scheint weniger in der Art seiner Sammlung oder der Einzigartigkeit einzelner Exponate zu liegen, allerdings ist durch einige Objekte und die Dokumentation vergangener Brandeinsätze ein klarer Lokalbezug gegeben." Das kann man sicherlich auch durch gelegentliche Sonderausstellungen im Umfeld des Museums Rosenegg bewerkstelligen, dass man ab und zu etwas aus dieser Sammlung zeigt und das erst noch wesentlich museumspädagogischer präsentiert, als das derzeit der Fall ist. Ich möchte daran erinnern, dass bereits vor einem Jahr Gemeinderatskollege Ruedi Herzog sich kritisch zum Museum geäußert hat. Er wollte den Leuten aber noch ein Jahr Zeit geben, um zu zeigen, was das Museum draufhat. Ich hatte letztes Jahr auch Verständnis für diese Position, dass man nicht gleich tabula rasa macht. Fazit: Feuerwehrverein und Feuerwehrstiftung haben ihre Ressourcen, also die Mitglieder des Feuerwehrvereins und das Geld, die CHF 80'000 der Feuerwehrstiftung nicht dazu genutzt, das Museum in den letzten zwölf Monaten im Bewusstsein der Kreuzlinger zu verankern. Kein Flyer, keine Aktion, kein ausgereiftes Museumskonzept. Einfach gar nichts. Man hat einfach so weitergemacht. Es gibt im Verein sogar Stimmen, was mich selbst auch überrascht hat, aber ich habe es wirklich erlebt, die sind auf mich zugekommen, die gar nicht traurig wären, wenn sie die Last dieses Museums nicht mehr hätten, sondern einfach nur noch ihre Beiz. Und die Beiz habe ich auch letztes Jahr schon nicht infrage gestellt. Trotz der stadträtlichen Erkenntnis der hohen Motivation der Vereinsmitglieder, was ich anzweifeln, noch nach den vor einem Jahr dargelegten Verlautbarungen, man müsse etwas tun, ist weiterhin faktisch nichts passiert. Der Stadtrat hat bereits Alternativen, wie er den Raum nutzen möchte. Vorläufig möchte er daraus eine Lagerstätte für die Adventsbeleuchtung machen, was externe Lagerkosten spart. Ein Lagerplatz an so einer exponierten Lage ist zwar kurzfristig sinnvoll, aber langfristig wahrscheinlich nicht. Da müssen wir wohl überlegen, was wir in den nächsten Jahren damit machen. Wenn möglich etwas, was den Steuerzahler kein Geld kostet. Kurzum: Ich stelle fest, dass das Jahr für das Feuerwehrmuseum nicht genutzt wurde. Und es wurde demonstriert, dass offensichtlich niemand sonderlich dranhängt, ausser Lippenbekenntnisse. Daher stelle ich den Antrag auf Reduktion des Subventionsbeitrags der CHF 50'500 um die CHF 37'067 für die Fläche des Museums auf CHF 13'433 für die Beiz, sowie die Umbenennung der subventionierten Miete Feuerwehrstiftung in subventionierte Miete Feuerwehrverein, denn der Verein betreibt die Beiz. Sollte die Stiftung länger brauchen als bis zum 31. Dezember 2025, um das abzuwickeln, hat sie noch genug mit Hilfe des Steuerzahlers aufgebaute Barreserven, damit sie sich noch einige Jahre die Miete für diese Fläche leisten kann.

SR Beringer: GR Salzmann hat viel erzählt, wie wenig Interesse von der Feuerwehr an diesem Feuerwehrmuseum liegt und wie wenig Interesse die Stiftung an diesem Feuerwehrmuseum hat. Ich möchte da ein bisschen dagegenhalten. Das stimmt so nicht. Wir haben ein Interesse daran, dass wir das Feuerwehrmuseum erhalten können. Es ist richtig, dass wir den Auftrag hatten, im letzten Jahr ein Konzept zu entwickeln, wie wir das besser präsentieren könnten. Dazu haben wir mit David Bruder vom Rosenegg Kontakt aufgenommen und ihn um eine Analyse des Museums gebeten, wie es jetzt stattfindet. Diese Analyse haben wir im Mai/Juni dieses Jahres erhalten. Dann kamen die Sommerferien. Nach den Sommerferien, als alle Leute wieder da waren, haben wir mit einem Konzept

angefangen. Natürlich geht es nicht so schnell, ein solches Konzept zu erstellen, aber ich verstehe den Gemeinderat, dass es für ihn ein bisschen zu langsam gegangen ist. Wir sind auch ein bisschen spät in die GKS gekommen, das gebe ich zu, und haben unsere Absicht und auch das Feuerwehrmuseum vorgestellt. Es stimmt, dass wir zu langsam waren. Aber es ist nicht so, dass von Seiten der Feuerwehr das Interesse am Feuerwehrmuseum und am Betreiben des Feuerwehrmuseums nachgelassen hat. Es mag einzelne Leute geben, die sagen, das interessiert mich weniger, aber der grösste Teil der Feuerwehr Kreuzlingen steht hinter dem Feuerwehrmuseum. Und uns liegt viel daran, dass wir es weiterbetreiben können. Aus der FRK ist ein zweiter Vorschlag mit einem Pauschalabzug von CHF 20'000 gekommen. Wir haben das in der Stiftung diskutiert und gesagt, dass wir das verkraften können. Wir möchten aus der Stiftung heraus Geld investieren und ein Konzept machen, welches wir euch vor dem 30. Juni 2026 präsentieren können, damit ihr mit dem nächsten Budget darüber befinden könnt. Uns liegt sehr daran, dass wir das Feuerwehrmuseum weiter betreiben können. Es ist von einigen Feuerwehrleuten Herzklopfen dabei, und die wollen das Feuerwehrmuseum weiterführen. Es enthält sehr viele Exponate, die von der Feuerwehr Kreuzlingen gebraucht wurden. Ich denke an verschiedene Löschgeräte, die man zum Beispiel 1963 brauchte, als das Kloster brannte. Es wäre schade, wenn man das alles verlieren würde. Wenn wir aus diesem Lokal hinausmüssten, gäbe es für uns keine Alternative. Wir sind der Meinung, dass sich in diesem Haus die richtige Lokalität befindet, denn ursprünglich war das ein Feuerwehrdepot. Es wurde als Feuerwehrdepot konzipiert, und wenn man darin etwas anderes machen möchte, müsste man sowieso viel Geld investieren, um es zu ertüchtigen. Es hat keine Fenster, es ist einfach ein Lagerraum. Mit dem zweiten Vorschlag, den GR Ruedi Herzog in der FRK eingebracht hat, können wir von der Stiftung her leben, und wir würden auch die Aufgabe annehmen, dass wir euch bis nächsten Juni ein gescheitertes Konzept zum Feuerwehrmuseum präsentieren können.

GR Knöpfli: Erst muss ich den obersten Knopf meines Hemdes öffnen, weil die Kragengrösse 42 für den dicken Hals gerade nicht mehr reicht. Ich unterstütze den Antrag von Kollege Salzmann vollumfänglich und bitte euch, es mir gleichzutun. Das Feuerwehrmuseum ist an der Budgetsitzung des Gemeinderats so etwas wie ein Dauerbrenner. Mehrfach haben wir uns vertrösten lassen. Das letzte Mal vor einem Jahr, als es hiess, man arbeite ein Konzept aus und zeige darin auf, in welche Richtung es mit dem Museum künftig gehen soll. Gemäss Protokoll der letztjährigen Budgetsitzung des Gemeinderats hat der GKS-Präsident GR Christian Brändli unter anderem gesagt: "Als Präsident der GKS fühle ich mich angesprochen. Ich nehme den indirekten Auftrag vom FRK-Präsidenten Thomas Dufner gern auf. SR Beringer und Marc Hungerbühler sind eingeladen an die GKS-Sitzung vom 7. Januar. Ich hoffe aber, dass Marc dann auch dabei ist und nicht wie heute fehlt oder wie an der FRK-Sitzung irgendwann davonläuft. Das ist schon mal etwas, was klar ist, das kannst du ihm klipp und klar sagen. Dann nehmen wir das gern auf. Wir setzen uns vorher einmal zusammen und schlüsseln das dann ein bisschen auf. Es geht auch darum, einmal auseinanderzunehmen, was Stiftung und was Verein Feuerwehr Kreuzlingen ist, damit dann auch etwas herauskommt und wir im nächsten Budget wieder über dieses Thema sprechen können." Am 7. Januar hat zu diesem Thema in der GKS eine Grundsatzdiskussion stattgefunden. Dort wurde gesagt, dass eine Arbeitsgruppe bereits zweimal getagt habe und sich getroffen habe, um das Konzept zusammenzustellen. Wenn man dieses habe, gehe es an den Stadtrat. Mindestens ich bin davon ausgegangen, dass diese Infos bzw. das Konzept dann der GKS vorgelegt werden oder mindestens darüber informiert wird. Nur wenn man weiss, was der Stadtrat vorhat, kann man auch darüber diskutieren. Die Analyse wurde, wie wir gerade gehört haben, bereits im Mai gemacht und liegt seit Mai vor. Eine Vorstellung in der GKS ist aber erst auf die Sitzung Ende Oktober, also nach der heutigen Sitzung geplant. Und das auch nur, weil Mitglieder der GKS nachgehakt und diese Vorstellung nochmals explizit gewünscht haben. Im Departement hat man wohl gemeint, mit dem Schreiben eines Konzepts sei das Thema erledigt. Leider ist das nicht das erste Mal, wo mindestens ich mich nicht so richtig ernst genommen fühle von diesen beiden Herren. Das Feuerschutzreglement bzw. das Geflüster in meinem Rücken damals in der Kommission und die Diskussion um das ganze Thema lassen grüssen. Deshalb ist es für mich Zeit, nun einmal ein Zeichen zu setzen, dass es so einfach nicht geht. Die Stiftung hat genug Liquidität, um ein Jahr selbst zu überbrücken. Wenn das Konzept dann vorgestellt und für die Mehrheit sinnstiftend ist, kann man den Betrag ins Budget 2027 hineinnehmen. Jetzt ist aber der Zeitpunkt da, um ein Zeichen zu setzen. Niemand spricht davon, das Museum zu schliessen. Es geht

nur um die Reduktion der subventionierten Miete. Diese sollen sie selbst bezahlen, und ein Jahr später können wir wieder schauen.

GR Dufner: Ich habe Fragen an den Stadtrat. Aus dem FRK-Protokoll geht das nicht klar hervor, bzw. es ist auch ein bisschen widersprüchlich wiedergegeben. Ist der Mietvertrag Stiftung-Stadt oder Stiftung-Verein? Sehe ich das richtig, wenn man die Subvention streichen würde, müsste die Stiftung aus den CHF 80'000 Eigenmitteln die Miete voll selbst bezahlen? Wir haben vorhin von GR Salzmann gehört, dass diese Stiftung, die das Museum betreibt oder deren Zweck das Museum ist, hauptsächlich über Beiträge finanziert worden sein soll. Ist das korrekt oder gibt es da noch grössere Spenden? Gemäss FRK-Protokoll hat sich der Stadtrat selbst schon überlegt, diese Fläche als Lager zu verwenden. Ich glaube, es war der Stadtpräsident, der das erwähnte. Warum ist diese Überlegung gekommen? Vorhin wurde gesagt, es ist ein Interesse der Feuerwehr da, ebenso ist ein Interesse der Stiftung da. Das habe ich alles verstanden. Ist das Interesse am Museum auch von der Bevölkerung da? Vom Seemuseum haben wir einen Geschäftsbericht erhalten und auch die Eintrittszahlen gesehen. Da sieht man, was gemacht wird und was passiert. Aus dem FRK-Protokoll habe ich entnommen, es war glaub Kollege Neuweiler, der gesagt hat, es seien 25 Personen. Vielleicht habe ich es auch überlesen. Mir ist nicht bekannt, wie viele Eintritte das Museum hat. Ein Museum sollte primär für die Öffentlichkeit da sein. Wie viele Besucher hat das Museum? Das würde mich Wunder nehmen.

SR Beringer: Die Stiftung wurde 1987 gegründet. Damals gab die Stadt der Stiftung jährlich einen höheren Betrag. Dieser wurde über ein paar Jahre bezahlt, bis man gemerkt hat, dass er zu hoch ist. Als das Vermögen der Stiftung auf CHF 70'000 angewachsen war, wurde der Beitrag der Stadt auf CHF 1'000 gekürzt. CHF 1'000 braucht die Stiftung pro Jahr, um die Gebühren zu bezahlen, die sie in Form von Rechnungen vom Kanton bekommt. Das ist jedes Jahr ungefähr ein Null-Summen-Spiel. Es ist tatsächlich so, dass wir nicht so viele Eintritte haben. Das Museum ist ein bis zwei Mal pro Monat am Wochenende geöffnet, das sind pro Jahr etwa 60 bis 120 Besucher. Das ist nicht viel, das stimmt, aber da haben wir den Auftrag, es zu steigern.

GR Dufner: Es war noch die Frage, warum beim Stadtrat selbst die Idee aufgekommen ist, die Fläche als Lager zu nutzen. Weiterhin halte ich fest, dass man über Jahre Steuergelder in diese Stiftung gegeben hat und dass das das aktuelle Stiftungsvermögen ist.

SR Beringer: Das ist richtig, es ist das Stiftungsvermögen, und bei einer Auflösung der Stiftung würde das Vermögen wieder an die Stadt übergehen. Die Idee, es auch als andere Lagerfläche zu nutzen, ist nicht von mir gekommen. Das kam von ausserhalb. Der Stadtpräsident hat in der FRK einfach bestätigt, dass Möglichkeiten bestehen, es als Lagerfläche zu nutzen.

GR Dufner: Ich möchte euch nicht lange nerven. Ich musste diese Fragen stellen, damit ich weiss, was ich jetzt zu diesem Thema sage. Ich möchte es auch nicht zu lange machen, soweit ein Jurist sich überhaupt kurzhalten kann. Ich halte fest: Wir haben gehört, es sind hauptsächlich Steuergelder. Ich halte fest, es passiert nichts mit dem Museum, wenn wir den Betrag kürzen. Man muss diese Miete einfach effektiv bezahlen. Egal, ob man dem Vorschlag Herzog folgt oder dem Vorschlag Salzmann, die Zahl ist einfach CHF 17'000 grösser, die das Museum bezahlen muss, wenn man dem Vorschlag Salzmann folgt. Insgesamt hat die Stiftung aber ein Vermögen von CHF 80'000. Und je nachdem, was man mit dieser Stiftung macht und wie das Konzept aussieht, fliesst das vielleicht irgendwann an die Stadt oder auch nicht. Ich halte auch fest, dass ich neu bin und dieses Dauerthema nicht kenne. Aber ich habe mich auch gefragt, wenn 120 Leute in ein Museum gehen und uns das etwa CHF 420 pro Besucher kostet, ob das sinnvoll ist oder nicht, so lange mit einem Konzept zuzuwarten, damit wir die Frage, ob es sinnvoll ist oder nicht, einmal hier, wo sie hingehört, diskutieren können. Deshalb finde ich das Votum meines Vorredners Knöpfli sehr prägnant. Er sagt, es ist ein Zeichen, dass es die Stiftung etwas kostet. Es schadet aber nichts, weil sie es bezahlen kann. Und wenn wir uns entscheiden, dass es Sinn macht, ist es 2027 wieder der volle Betrag. Aber dann hat der Stiftungsrat, der zuständige Stadtrat, der Feuerwehrkommandant und die Drittperson, ein erhebliches Interesse, dass das Konzept tatsächlich im nächsten Jahr kommt und wir in einem Jahr nicht wieder über dieses Thema sprechen und ich es dann auch zum zweiten Mal höre. Deshalb würde ich allen Anwesenden sehr empfehlen, dem Vorschlag Salzmann zu folgen. Ich hätte mit dem Vorschlag Salzmann auch gern eine Quersubventionierung der Künstler vorgenommen, was wir wegen einer Stimme leider nicht

hingekriegt haben. Das soll uns aber nicht davon abhalten zu sagen, diese CHF 17'000 kann die Stiftung bezahlen. Es ist ein Win-Win. Bitte stimmt zu, es schadet niemandem. Das Museum bleibt bestehen, wir entscheiden wie weiter.

GR Bitschnau: Danke GR Dufner, dass du all diese Fragen gestellt hast. Für mich bleibt noch eine übrig: Warum bezahlen wir weiterhin CHF 1'000 an die Stiftung? Die Stiftung hat genügend Vermögen. Ich beantrage, diesen Betrag zu streichen. Ich stimme GR Dufner zu, der Vorschlag von GR Salzmann ist definitiv besser.

GR Ch. Brändli: Was ich als GKS-Präsident letztes Jahr an der Budgetsitzung gesagt habe, hat GR Knöpfli bereits wiedergegeben, daher muss ich dazu nichts sagen. Höchstens noch ein Zusatz: Marc Hungerbühler ist glaub heute wieder nicht hier. Er war vor einem Jahr nicht hier, er ist heute wieder nicht hier, das sagt vieles aus. Ich kann bestätigen, wir hatten SR Beringer und Marc Hungerbühler am 7. Januar in der GKS und haben das Thema durchgekauft. Sie haben einen klaren Auftrag. Seither habe ich als Präsident bis zum 7. August nichts mehr gehört. Am 7. August hat SR Beringer mich kontaktiert, sie würden an der GKS-Sitzung vom 21. Oktober das Konzept gern vorstellen. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass die Budgetsitzung heute stattfindet und der 21. Oktober zu spät ist. Ich habe ihm auch klar gesagt, dass das so herauskommt, wie es heute herauskommt, was ich eigentlich schade finde. Als GKS-Präsident kann ich nur sagen, am 21. Oktober sind die GKS-Mitglieder eingeladen, dann hören wir, was in dieser Thematik weiter passiert.

Abstimmung

Gegenüberstellung der Anträge der FRK auf Kürzung des Betrags für die subventionierte Miete für das Feuerwehrmuseum um 20'000 und GR Salzmann auf Kürzung des Betrags für die subventionierte Miete für das Feuerwehrmuseum um CHF 37'067. Der Antrag von GR Salzmann obsiegt mit 29 Stimmen gegen den Antrag der FRK mit 10 Stimmen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Salzmann wird mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.

Seite 4 – Beiträge: Feuerwehr / Konto 1500.3636.00.00

Rückkommen zum Antrag Bitschnau

GR Salzmann: Ich bin generell einverstanden, dass wir den Beitrag an die Stiftung von CHF 1'000 streichen, allerdings besteht der Feuerwehrverein aus vielen aktiven Mitgliedern der Feuerwehr. Die machen einen grossartigen Job, deswegen möchte ich diese CHF 1'000 nicht gestrichen, sondern an den Feuerwehrverein statt an die Feuerwehrstiftung verschoben wissen.

Abstimmung

Der Antrag von GR Bitschnau auf Streichung des Beitrags von CHF 1'000 an die Feuerwehrstiftung wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Die Ratspräsidentin: Damit ist der Beitrag an die Stiftung gestrichen. Ich frage GR Salzmann, ob du einen Antrag stellst, einen neuen Beitrag für den Feuerwehrverein aufzunehmen.

GR Salzmann: Ja.

Die Ratspräsidentin: Verständnisfrage: Erhält der Verein Geld aus den Feuerwehrabgaben oder nur die Beiträge der Mitglieder?

GR Salzmann: Nach meiner Kenntnis bekommt er kein Geld aus den Ersatzabgaben. Es ist ein Verein wie jeder andere auch, der sich aus Mitgliederbeiträgen speist. Es geht um CHF 1'000, und ich bin nicht Mitglied dieses Vereins, damit das klargestellt ist.

Abstimmung

Der Antrag von GR Salzmann auf einen Beitrag an den Feuerwehrverein in der Höhe von CHF 1'000 wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Seite 6 – Bodensee TV Kreuzlingen / Konto 3290.3636.00.00

GR Andres, Präsident FRK: Die FRK stellt den Antrag, den Beitrag an Bodensee TV von CHF 50'000 zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK wird einstimmig angenommen.

Seite 6 – KulturworX / Konto 3290.3636.00.00

GR Andres, Präsident FRK: Die FRK stellt den Antrag, den Beitrag an Kultur-worX von CHF 5'000 zu streichen.

GR Salzmann: Vor einigen Jahren hatten wir düstere Zeiten im Verein Kult-X. Vielleicht könnt ihr euch noch erinnern, das war etwa ums Jahr 2021/2022 herum. Damals wurde der Verein Kultur-worX ziemlich einseitig mit Steuergeldern bedacht. Zumindest konnte die Revisionsstelle Trevitax gemäss ihrem ersten Revisionsbericht aus dem Jahr 2021 den Geldfluss zwischen dem Verein Kult-X und dem Verein Kultur-worX nicht nachvollziehen. KulturworX war in diesem Zusammenhang sehr prominent vertreten. Nun stelle ich fest, dass der Stadtrat diesem Verein, der mit den Steuergeldern nicht transparent umgegangen ist, CHF 5'000 Steuergeldern geben möchte. Haben sich denn die Zustände in diesem Verein gebessert? Gibt es einen Kassier? Gibt es eine Jahresrechnung dieses Vereins, welche diesen Namen verdient? Gibt es eine Revisionsstelle? Was sagt der Revisionsbericht? Wie ist heute das Verhältnis zwischen Kultur-worX und Kult-X? Damals war es zerrüttet. Der Verein Kult-X hat die Aufgabe, neben der Bewirtschaftung des Gebäudes, welches jetzt saniert werden soll, auch die Gelder an die kulturveranstaltenden Vereine im Schiesser-Areal zu verteilen. Das macht die Stadt nicht selbst. Wir geben Geld an den Verein Kult-X und Kult-X verteilt es dann an die Vereine für ihre Kulturveranstaltungen. Angesichts der doch sehr negativen Rolle von KulturworX in der Vergangenheit, was die Transparenz der Finanzen anbelangt, warum jetzt diese Subvention? Ich verstehe das nicht. Das ist absolut kein Antrag gegen die Kultur. Mir geht es darum, dass ich nicht möchte, dass wir Steuergelder an einen Verein geben, mit dem wir schon sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben.

SR Moos: Ich kann so viel dazu sagen: tempi passati. Der Fall KulturworX liegt einige Jahre zurück. Ich habe den Anspruch, dass wir alle Kulturschaffenden in Kreuzlingen gleichbehandeln. Bei den Förderanträgen, die an uns gestellt werden, wo wir auch freie Beträge haben, die wir an die Kulturschaffenden auszahlen können, hat die Stadt hohe Standards. Sie müssen Unterlagen einreichen, damit sie Geld bekommen. Grundsätzlich ist es so, dass jeder Verein eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt beantragen kann. Dabei hat sich folgendes Vorgehen bewährt: Sobald wir das Jahresprogramm eines Vereins, das Budget und ein Finanzierungsmodell haben, können wir einen Unterstützungsbeitrag prüfen. Dann sprechen wir für die kommenden zwei bis drei Jahre einen Betrag anstatt einer Förderung pro Veranstaltung, den jeder Kulturschaffende oder Verein bei der Stadt beantragen kann. Diese Beträge sind nicht besonders hoch. Ein typischer Antrag eines Kulturvereins bewegt sich zwischen CHF 1'000 und CHF 2'000. Bis zu einer Grenze von CHF 5'000 beraten wir das departementsintern, ab CHF 5'000 Förderbeitrag, der beantragt wird, was noch lange nicht heisst, dass er es bekommt, wird es in der Kulturkommission angeschaut. Somit ist gewährleistet, dass wir alle Antragsteller gleich behandeln können. Das machen wir auch im Fall von KulturworX. Es ist also ein dreistufiges Modell. Zuerst kann ein Verein Einzelbeiträge beantragen, weiter kann der Verein um Jahresbeiträge anfragen, und erst wenn wir sehen, wie sich der Verein entwickelt, kann der Verein mit der Stadt, natürlich vorbehaltlich der Budgetsitzung, eine Leistungsvereinbarung abschliessen. Somit haben wir die Gewähr, dass wir seitens der Antragsteller und Vereine eine gute Qualität haben. Der Verein KulturworX hat diesen Antrag bereits 2023 bei meiner Vorgängerin gestellt. Der Verein hat um eine Leistungsvereinbarung gebeten. Der Verein KulturworX leistet in Kreuzlingen, da sind wir uns im Departement und auch in der Kulturkommission einig, einen wertvollen kulturellen Beitrag. Der Verein ist sehr aktiv in der Person von Stephan Militz. Er macht sehr viele Veranstaltungen, die auch Erfolg haben. Ich erinnere zum Beispiel an die Büchermesse im Dreispitz, die sehr viel Publikum angezogen hat und wo auch der Stadtpräsident vertreten war. Es ist nicht so, dass bei diesem Verein an der Qualität

gezweifelt wird. Anfang 2024 haben wir mit dem Verein in Form eines Gesprächs vereinbart, dass er zwei Mal jährlich einen Betrag beziehen kann. Dieser Betrag war tiefer als der Betrag, den er jetzt bei der Stadt mit dieser Leistungsvereinbarung beantragt. Wir haben die Unterlagen, die wir von ihm erhalten haben, geprüft. Ohne diese Unterlagen würde der Betrag gar nicht ausbezahlt. Das ist wie erwähnt Budget, Jahresprogramm und Jahresbericht und natürlich auch der Revisionsbericht. Von dem her sind wir der Meinung, dass der Verein KulturworX gegenüber der Stadt das transparent dargelegt hat und dass es aus unserer Sicht jetzt der richtige Zeitpunkt wäre, ihm eine Leistungsvereinbarung anzubieten. Würden wir das nicht machen, könnte er nach wie vor aus den freien Beiträgen, die wir im Departement vorgesehen haben, Anträge stellen und von dort Geld beziehen. Ein Verein kann etwa drei Anträge stellen. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Betrag mit den Einzelbeiträgen höher ist als der jährliche Betrag, ist gross. Aus finanziellen Gründen würde ich auf jeden Fall diese Variante bevorzugen. Wenn man aus persönlichen Gründen oder auch aus Gründen von Unsicherheit bezüglich dieses Vereins das nicht macht, hat der Verein nach wie vor die Möglichkeit, pro Veranstaltung einen Förderbeitrag zu beantragen.

GR Salzmann: Tempi passati – das ist das Wort des heutigen Tages, ausgesprochen von SR Daniel Moos. Keine Aussage, wie ihr das von 2021 aufgearbeitet habt, wo die Gelder genau sind, was genau passiert ist. Er stellt wieder einen Antrag, dann bekommt er wieder Geld. Und entweder wir schlucken diese CHF 5'000, oder du gibst halt mehr Geld aus – das war deine Aussage. Ich bin unglaublich erstaunt.

SR Moos: Ich stelle einfach fest, dass Stephan Militz nie angezeigt oder angeklagt wurde und dass er auch nie verurteilt wurde. Es liegt ein Bericht vor, wonach offensichtlich Sachen passiert sind, die unschön sind. Ich glaube, aus diesem Bericht hat man seine Lehren gezogen. Im Kult-X hat es eine Reorganisation gegeben, das hast du selbst bestätigt. Es ist nicht so, dass man keine Lehren und keine Massnahmen daraus gezogen hat. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir in unserem Departement alle Leute, die einen Antrag stellen, gleichbehandeln. Wir stützen uns auf die Dokumente ab, die bei uns eingereicht werden. Etwas anderes können wir gar nicht machen. Wenn wir sagen, diese Nase oder jenes Gesicht passt uns nicht, oder das unterstützen wir inhaltlich nicht, wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet, und das wollen wir in unserem Departement nicht.

GR Ch. Brändli: Wie ich dich verstanden habe, hat er jetzt noch keine Leistungsvereinbarung. Wenn wir diese CHF 5'000 sprechen, würdet ihr eine Leistungsvereinbarung machen? Die Folgefrage wäre: Zu welchen Konditionen? Bzw. wenn er die Leistungsvereinbarung nicht unterschreiben würde, würde auch das Geld nicht fliessen? Diese CHF 5'000 sind ganz klar an eine Leistungsvereinbarung gebunden?

SR Moos: Das ist korrekt. Sollte der Verein KulturworX mit der Leistungsvereinbarung nicht einverstanden sein oder diese nicht unterschreiben, fliessen die CHF 5'000 nicht. Er hat dann aber die Möglichkeit, nach wie vor die Einzelanträge zu stellen, um seine Veranstaltungen unterstützen zu lassen.

GR Neuweiler: Vielleicht liegt es an der späten Stunde, aber ich finde es ein bisschen seltsam. Wenn der Gemeinderat einer Organisation die Mittel entzieht, frage ich mich dann schon, ob der Stadtrat diese dann einfach wieder sprechen darf, auch wenn es für eine Einzelveranstaltung ist. Ich finde es eigenartig, wenn man jemandem die Mittel entzieht, sie dann auf Umwegen als Einzelzahlungen auszurichten. Ich habe da meine Bedenken, ob das ganz so einfach möglich ist.

SR Moos: Wir halten uns da an die Richtlinien, die vom Stadtrat abgesegnet sind. Es ist nicht so, dass wir da irgendwelche Individualentscheidungen fällen, sondern wir sind der Meinung, wir haben eine Richtlinie und an diese halten wir uns.

GR Dufner: Ich habe keine Meinung, sondern Fragen. Ich habe auf der Homepage des Vereins nachgeschaut und habe nicht herausgefunden, wie ich dem Verein beitreten könnte. Deshalb meine Frage, wie viele Mitglieder der Verein hat und wie man beitreten kann. Aus der Diskussion, ich kenne die History nicht, habe ich das Gefühl, es ist eine Einzelmaske. SR Moos hat erwähnt, vom Verein sei auch ein Revisionsbericht eingereicht worden. Ich gehe davon aus, dass damit keine eingeschränkte Revision von einer Revisionsstelle gemeint ist, sondern eine Laienrevision, wo einfach ein Vereinsmitglied, welches nicht im Vorstand ist, sagt, ich habe plus minus die Buchhaltung angeschaut. Weiter nimmt mich wunder, was die Differenz zu den Beiträgen ist, die ihr bis jetzt gesprochen habt. Vielleicht machen wir viel Tamtam um nichts und mehr Ideologie als finanztechnische Punkte, wie du

schon am Anfang gesagt hast. Nichtsdestotrotz bitte ich dich, meine zwei eingangsgestellten Fragen zu beantworten und falls möglich auch etwas zur Bilanzsumme dieses Vereins zu sagen.

SR Moos: Der Verein KulturworX hat letztes Jahr CHF 4'000 erhalten und dieses Jahr bisher CHF 2'000.

GR Ch. Brändli: Ich möchte SR Moos in einem unterstützen. Stephan Militz ist sicher ein sehr arrivierter Kulturveranstalter. Ihr habt es vielleicht auch gelesen, er ist von der Kulturstiftung Thurgau nominiert. Der Preis, dotiert mit CHF 100'000, wird morgen im Thurgauerhof vergeben. Dagegen sind unsere CHF 5'000 ein Klacks. Er ist da mit seinem Projekt Wanderdüne unter den ersten drei. Ich glaube, die Kulturstiftung portiert nicht jemanden unter die ersten drei für so einen Preis, wenn es nicht eine arrivierte Person oder ein arrivierter Kulturveranstalter ist. Wir haben viel von seiner Vergangenheit gehört, aber man muss auch sehen, was er in letzter Zeit gemacht hat. Wie er mit Zahlen umgehen kann, da müsst ihr jemand anderes fragen.

Abstimmung

Der Antrag der FRK auf Streichung des Beitrags von CHF 5'000 an KulturworX wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 6 – Bodensee Philharmonie / Konto 3290.3636.00.00

Seite 6 – Stadttheater Konstanz /Konto 3290.3636.00.00

GR Salzmann: Es geht mir um die Bodensee-Philharmonie und das Stadttheater Konstanz. Das haben wir hier drin wahrscheinlich schon hundertmal diskutiert, diesmal vielleicht ein bisschen anders. Ich habe hier eine Medienmitteilung der Stadt Konstanz. Sie haben eine Haushaltssperre verhängt. Und da heisst es wörtlich: "Die Haushaltssperre gilt mit sofortiger Wirkung. Ausgenommen sind lediglich rechtliche Verpflichtungen, Massnahmen bei Gefahr in Verzug sowie Projekte, deren Stopp wirtschaftliche Folgeschäden verursachen würde." Für mich wäre die rechtliche Verpflichtung interessant. Frage an den Stadtrat: Ist die zehnjährige Erklärung der Stadt Konstanz zu je EUR 150'000 als Subvention an die Bodensee-Arena eine rechtliche Verpflichtung oder ist es lediglich eine Absichtserklärung?

STP Niederberger: Der Oberbürgermeister war am Sonntag bei der Verkündung des Resultats hier im Rathaus anwesend, was uns sehr gefreut hat. Ich habe diese Gelegenheit genutzt, ihn darauf anzusprechen. Er hat intern dann Abklärungen gemacht und mir gestern schriftlich bestätigt, dass der Zuschuss an die Bodensee-Arena von der Haushaltssperre nicht betroffen ist. Also weiterhin grünes Licht. Das habe ich von ihm schriftlich.

Seite 8 – Handballsportclub, 1. Mannschaften / Konto 3410.3636.00.10

GR Dufner: Ich habe eine Frage zum Beitrag an die 1. Mannschaft. Der Beitrag wurde reduziert um CHF 12'000. Ich gehe davon aus, dass das ist, weil sie in einer tieferen Liga spielen. Anders kann ich mir das nicht erklären. Ich hätte das gerne bestätigt. Zusätzlich frage ich mich: wird der Nachwuchs – generell der Jugendbereich des Handballclubs – unterstützt, abgesehen von den Kosten für die Turnhalle?

Die Protokollführung: Anfrage konnte direkt erledigt werden, Diskussion ist beendet.

Rückkommen

Beilage A: Seite 13, 1500.3010.21 – Sold für Übungen

Beilage A: Seite 13, 1500.3010.22 – Sold für Einsätze

GR Dufner: Ich habe ein Rückkommen zu Beilage A, Seite 13, die heilige Kuh, wie mir gesagt wurde. Ich erlaube mir als Neuling zwei Nachfragen, auch wenn es aufgrund der Feuerwehersatzgabe ein Null-Summen-Spiel ist, wie ich mir auch habe sagen lassen müssen. Für mich ist nach der Bestätigung, dass man 2025 nicht mehr Übungen durchgeführt hat als 2024 nicht ganz klar verständlich, warum man hier eine budgettechnische Reserve vorsieht. Meines Erachtens – und das ist eine rein technische Frage – wäre diese Reserve beim Sold für Einsätze richtig, da man diese im Gegensatz zu den Übungen nicht steuern kann. Ich verstehe nicht, nach welchen Grundsätzen budgetiert worden ist. Ich empfehle, dass

man das ein bisschen anpasst und auf das Notwendige reduziert und die Reserve dort einplant, wo es sinnvoll ist.

Beilage A: Seite 14, 1500.3143.00.00 – Wasserversorgung: Unterhalt Netz und Hydranten

Eine weitere Frage habe ich zu 3143.00.00 Wasserversorgung, Unterhalt Netz und Hydranten. Wir sehen, in der Rechnung 2024 hat das CHF 90'000 gekostet, im Budget 2025 CHF 200'000, für 2026 sind CHF 150'000 budgetiert. Ich kann mir darunter nichts vorstellen, insbesondere warum diese Beträge sich so verändern. Ich wäre froh, wenn man mir das jemand beantworten könnte.

SR Beringer: Das hat mit dem Bauwesen der Stadt, mit der Erweiterung der Stadt und den Baustellen zu tun. Wenn wir neue Häuser bauen, müssen wir schauen, dass wir dort auch eine Wasserzufuhr haben. Deshalb gibt es immer wieder Anpassungen bei den Hydranten. Es gibt in den Quartieren zusätzliche Hydranten, was sich in diesem Konto auswirkt.

GR Dufner: Ich nehme diese Antwort zur Kenntnis und aufgrund der späten Stunde lasse ich diese abstrakte Antwort auch gern so stehen. Hinsichtlich der Überlegungen bezüglich der Budgetierung auf Seite 13 wäre ich froh um eine Bestätigung, dass es nicht mehr Übungen gegeben hat und was da der Hintergrund für diese Budgetierung ist.

SR Beringer: Da haben sich auch die Übungszeiten verändert. Wir haben eine Anpassung gemacht, dass für die Übungen längere Zeiten gemacht werden. Deshalb ist es eine Erhöhung.

Abstimmung

Dem Budget 2026 wird mit den beschlossenen Änderungen bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 64 % mit 38 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Finanzplan Stadt Kreuzlingen 2026 bis 2029

GR Salzmann: Mit grosser Freude nimmt die FDP-Fraktion zur Kenntnis, dass der Stadtrat auch 2027 und 2028 nicht beabsichtigt, den Steuerfuss zu erhöhen. Super, auch dafür grossen Dank. Dass aufgrund der gewichtigen Volksabstimmung in Zukunft keine Steuersenkungen mehr infrage kommen, ist klar, aber immerhin auch keine Erhöhung. 2029 werden wir dann sehen, ob es einen Ausgleich der wegfallenden Liegenschaftensteuer wirklich braucht oder ob es das nicht braucht. Der Finanzplan sagt aus, dass die Volksabstimmung zum Stadthaus die letzte grosse Volksabstimmung sein wird, denn hohe Investitionen, wofür auch immer, sind in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr in Sicht und können wir uns nicht mehr leisten. Eigentlich deprimierend. Aufgrund der sehr hohen Bankverschuldung dieser ganzen Volksabstimmungen in einer Höhe, dass es ungewiss ist, ob wir überhaupt Finanzpartner finden, die das Ganze finanzieren, ist es essenziell, unser Tafelsilber, also die nicht benötigten Immobilien und Grundstücke an Meistbietende zu veräussern. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die Strategie des Stadtrats ausdrücklich und nachdrücklich. Zu guter Letzt mahnen wir aber auch, dass der Stadtrat sich auch mal von irgendetwas trennen muss. Wir hatten heute ein paar Themen, die man als Stadtrat auch hätte anders sehen können. Nicht alle Ausgaben sind in dieser Höhe sinnvoll, diesbezüglich gibt es wohl noch Sparverbesserungsbedarf.

GR Andres, Präsident FRK: In erster Linie gibt der Finanzplan einen Planungshorizont von drei Jahren nach dem Budget, also von 2027 bis 2029 wieder. 2026 wird die Stadt immer noch über Nettovermögen verfügen und ist bezüglich Selbstfinanzierungsgrad und Zinsbelastungsanteil noch im grünen Bereich. Es wurde aber bereits angesprochen, der Selbstfinanzierungsgrad ist in Zukunft nicht sehr hoch und beträgt lediglich 17 %. Grund dafür sind verschiedene Investitionen wie die Sanierung der Bodensee-Arena, die gerade angenommen worden ist, sowie das Kulturzentrum Schiesser. Weil die Selbstfinanzierungskraft für eine vollständige Selbstfinanzierung nicht reicht, muss auf zusätzliches Fremdkapital zurückgegriffen werden und die Nettoverschuldung wird steigen. Von GR Salzmann wurde die aktive Bewirtschaftung des Liegenschaftenportfolios bereits angesprochen, wie sie in der Botschaft des Stadtrats beschrieben wurde. Damit ist der Verkauf von Liegenschaften gemeint, was die städtischen Finanzen stärkt und wodurch der Stadt CHF 22 Mio. zufließen sollen und wodurch der Kreditbedarf der Planperiode 2026 bis 2029 auf CHF 47 Mio. reduziert wird. Weil aber ab 2029 der Wegfall der Liegenschaftensteuer kompensiert werden muss, ist dann mit einer Steuererhöhung von

3 % zu rechnen. Weil unmittelbar städtische Grossprojekte wie das Projekt Neubau Stadthaus und Tiefgaragengestaltung Festwiese anstehen, deren Realisierung über den Planungshorizont hinausgehen, wurde der Finanzplan wie in der Vergangenheit um fünf Jahre bis 2034 erweitert, was von der FRK auch geschätzt wird. Um der Neuverschuldung aufgrund der Projekte entgegenzuwirken, sind in der Botschaft zum Finanzplan nochmals zwei Steuererhöhungen um je 2 % für 2031 und 2033 eingerechnet. Dabei entspricht ein Steuerprozent jährlichen Steuereinnahmen von rund CHF 500'000. Investitionen, die nach 2034 kämen, sind in der Planungsrechnung noch nicht berücksichtigt, aber man hat ab 2035 jährliche Nettoinvestitionen von CHF 5 Mio. hineingenommen, was in der Grafik der Finanzentwicklung bis 2050 sichtbar ist. Die Frage ist, ob diese ausreichen werden oder ob sich diese Kurve nicht so positiv entwickelt. Ausserdem, das wurde auch im Bereich des Budgets angesprochen, ist die Frage, ob die Zuwachsrate der Steuererträge so hoch sein wird wie mit den 3.2 % angenommen. Neu hat die Stadt in der FRK auch eine Finanzstrategie präsentiert, welche als eine Art Geschwister der Finanzplanung gesehen werden kann. Dies ist wohl auch der Kritik im Gemeinderat geschuldet, dass man im Finanzplan seitens des Stadtrats keine Strategie erkennen könne. Entsprechend ist dieser Schritt ausdrücklich zu begrüßen, auch wenn Stimmen in der FRK zu vernehmen waren, dass man sich noch konkretere Aussagen gewünscht hätte. Abschliessend kann ich festhalten, dass ich den Eindruck habe, dass der Stadtrat die Anliegen aus dem Gemeinderat und seine selbst festgelegten Ziele im Sinne einer nachhaltigen und transparenten Finanzpolitik ernst nimmt. Die FRK hat den Finanzplan zur Kenntnis genommen.

GR R. Herzog: Ich möchte nochmals auf den Begriff, der im Bericht zum Finanzplan auf Seite 2 verwendet wird, "die aktive Bewirtschaftung des Liegenschaftenportfolios stärkt die städtischen Finanzen nachhaltig" zurückkommen. Diese Umschreibung ist aus unserer Sicht verschleiern. Eigentlich heisst die aktive Bewirtschaftung des Liegenschaftenportfolios nichts anderes als den Verkauf des Tafelsilbers. Punkt, fertig. Und damit werden wir definitiv nicht einverstanden sein, das kann ich jetzt schon ankündigen. Wir sehen das ganz anders, als Kollege Alexander Salzmann sich vorhin geäussert hat. Da wird der Stadtrat seitens SP auf Granit stossen.

GR Semeraro: Wir begrüßen, dass der Stadtrat die aktive Bewirtschaftung des Liegenschaftenportfolios aufgenommen hat und damit zusätzliche Einnahmen in der Höhe von CHF 22 Mio. in den kommenden Jahren einplant. Trotzdem bleibt der Finanzplan eine grosse Herausforderung. Die Nettoverschuldung wird bis Ende 2029 auf über CHF 50 Mio. ansteigen und der Selbstfinanzierungsgrad ist weiterhin klar ungenügend. Da erwarten wir vom Stadtrat, dass er in den kommenden Jahren konsequent nach Möglichkeiten sucht, Projekte zu staffeln, Kosten zu reduzieren und langfristig Einnahmen zu sichern.

GR Dal Dosso: Wir haben den Finanzplan 2025 bis 2028 genau vor einem Jahr und einem Tag kommentiert. Damals habe ich gesagt, dass unsere Fraktion zutiefst über die erwartete Entwicklung der Stadtfinanzen besorgt war. Die diesjährige Finanzplanung sieht viel besser aus. Das ist erfreulich. Zum einen bleibt die Verschuldung trotz der vielen Investitionsvorhaben im Planungszeitraum bis 2029 in einem vernünftigen Rahmen. Das heisst, die Grenze der 150 % wird nicht unterschritten. Bei Annahme des Stadthausprojekts muss sich die Stadt mittelfristig immer noch stark verschulden, aber kann langfristig aus eigener Kraft die Verschuldung wieder auf ein akzeptables Niveau zurückbringen. Leider ist das aber nur der Fall, wenn langfristig die Investitionen auf das Notwendigste reduziert werden, soweit sich die Stadt selbstfinanzieren kann und nichts Unvorhergesehenes passiert. Deshalb sind wir nicht mehr zutiefst, aber immer noch besorgt. Die geplanten Investitionen, auch das Stadthaus, sind verkraftbar, aber engen in Zukunft den Handlungsspielraum der Stadt ein. Wir wissen nicht, welche zusätzlichen Investitionen, neuen Aufgaben und entsprechenden Ausgaben auf uns zukommen. Ein für mich wichtiges Beispiel: Wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, bis 2050 Netto-Null zu erreichen. Da sind grössere Investitionen notwendig, zum Beispiel in ein Fernwärmenetz. Noch ist es unklar, wie wir es finanzieren werden, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass die Stadt einen erheblichen Teil wird beitragen müssen. In diesem Fall könnte die Verschuldung unakzeptabel hoch bleiben, oder weitere Steuererhöhungen würden unausweichlich sein.

GR Lorenzelli: Wir von der MITTE/EVP-Fraktion nehmen Kenntnis vom Finanzplan. Wir halten ihn für ein gutes strategisches Steuerungsinstrument. Er schafft Transparenz in der Steuerdiskussion und verknüpft die Investitionen mit den finanziellen Ressourcen.

Die Protokollführung: Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

Verschiedenes

4. Schriftliche Anfrage Notherberge in Kreuzlingen – Krisen kennen keine Öffnungszeiten / Beantwortung

Die Ratspräsidentin: Die Beantwortung des Stadtrats zur Schriftlichen Anfrage lag der Einladung zur heutigen Sitzung bei. Zu Schriftlichen Anfragen findet keine Diskussion statt.

5. Verschiedenes

- 5.1 Verkauf Liegenschaft Bodanstrasse, Liegenschaftenportfolio

GR Salzmann: Wir sind uns beim Thema Veräusserung des Tafelsilbers nicht einig, aber wir sollten uns wenigstens einig sein, dass wenn der Stadtrat es macht, er es richtig macht. Die CHF 1.8 Mio. scheinen mir eine tiefe Zahl, und ich habe auch noch ein komisches Bauchgefühl. Deswegen habe ich mir erlaubt, dem Stadtrat zu diesem Verkauf eine Menge Fragen zu stellen, die ich euch jetzt vorlese. Der Stadtrat hat die Fragen bereits, und ich hoffe, er hat auch die Antworten. Wann wurde das Haus von der Stadt zu welchem Preis gekauft? Wie viel wurde in das Haus investiert? Wie hoch sind die Nettomieteinnahmen während des Besitzes dieses Hauses? Wie hoch ist die Schätzung der Liegenschaft zu Beginn des Verkaufsverfahrens und wie viele Schätzungen gab es und in welcher Höhe? Wie viele Angebote wurden für das Haus abgegeben? Der Stadtrat hat sich wiederholt geäußert, das Tafelsilber nur an den Meistbietenden zu veräussern, und unsere Fraktion will auch nur das. Das heisst übersetzt, es gibt ein einziges Kriterium, nämlich den Preis. Nach welchen Kriterien hat der Stadtrat diesen spezifischen Hausverkauf getroffen? Sofern das Kriterium des Meistbietenden das einzige Kriterium gewesen wäre, gab es eine zweite und allenfalls eine dritte Runde für die Interessenten, ihre Angebote nachzubessern, um so den Meistbietenden der vorangegangenen Runde zu übertreffen und so mehr Erlös für unsere darbenende Stadtkasse zu erzielen? Kennt der Stadtrat Fälle oder wurde etwas an ihn herangetragen, wo Interessierte von Goldinger abgewimmelt worden seien?

Die Ratspräsidentin: Ich ergänze noch, dass es um den Verkauf der Liegenschaft an der Bodanstrasse geht.

STP Niederberger: Vielen Dank für diese Fragen und dass wir uns darauf vorbereiten konnten. Die Stadt hat das Haus 2008 für CHF 372'000 gekauft. Man hatte dann wertvermehrnde Aufwendungen, vor allem 2019 und 2020 von CHF 1.1 Mio., sodass wir Anlagekosten von CHF 1.49 Mio., gerundet CHF 1.5 Mio. hatten. So wurde es im Landkreditkonto auch immer nachgezogen. Ich habe mir einen Ausdruck erstellen lassen, wo man die Aufwände und Erträge von 2017 bis heute sieht. Kurz zusammengefasst kann man sagen, Mietzinserträge und Nebenkosten rund CHF 327'000, Aufwand für Wasser, Servicegebühren, Unterhalt usw. rund CHF 75'000. Bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 1.5 % auf CHF 1.5 Mio. Anlagekosten ist es praktisch ein Null-Summen-Spiel. Aufwände und Erträge halten sich eigentlich die Waage, Personalkosten sind dabei noch nicht eingerechnet. Wir hatten zwei Schätzungen, beide waren bei ungefähr CHF 1.8 Mio., eine knapp darunter, eine ein bisschen darüber. Vor dem Verkauf gab es zwei Dienstbarkeiten, das ist der Zugang zum Kulturzentrum, die in diesen Schätzungen nicht enthalten waren. Die zwei Dienstbarkeiten schmälern den Wert eher noch ein bisschen. Was man auch noch wissen muss, die Liegenschaft an der Bodanstrasse 7 ist nur etwa 350 m² gross. Es ist eine sehr bescheidene Parzelle, die auf beiden Seiten Richtung Kulturzentrum zwei Dienstbarkeiten für einen Durchgang mit Fuss- und Fahrwegerecht hat. Der Stadtrat hat entschieden, die Liegenschaft im Bieterverfahren auszuschreiben. Wir wollten das einmal testen. Und zweitens, dass wir es zusammen mit einer externen Firma machen. Wir haben Offerten eingeholt und den Auftrag an die Firma Goldinger erteilt. Der Auftrag war klar im Bieterverfahren. Das sagt eigentlich schon aus, und so war es schlussendlich auch, dass man den Zuschlag dem Meistbietenden gab. Nach den Eingaben

wurde nochmals eine Angebotsrunde gemacht. Am Schluss hatten wir drei Angebote, davon das höchste für CHF 1.8 Mio. So konnte man den Verkauf dann tätigen. Bevor die Liegenschaft 2019/2020 saniert wurde, waren es Notwohnungen für die Sozialen Dienste. Man merkte aber, dass man diese Notwohnungen nicht braucht. Daher machte man die Sanierungen, damit wir die drei Wohnungen anschliessend hätten vermieten können. Damals hatte man eine andere Liegenschaftsstrategie. Jetzt mussten wir die Liegenschaftsstrategie anpassen, und eine Entscheidung war, es aktiv zu bewirtschaften. Deshalb hat sich der Stadtrat entschieden, die Liegenschaft, die im Landkreditkonto, also in der Kompetenz des Stadtrats ist, zu verkaufen. Wir haben zum ersten Mal mit einem externen Fachbüro, einem Profi zusammengearbeitet. Sonst haben wir das immer intern gemacht. Im Moment laufen verschiedene Baurechtsverträge usw., weshalb wir uns entschlossen haben, es extern an einen Profi zu geben. Unsere Erfahrung ist, dass auch der Profi nur mit Wasser kocht. Auch wenn wir es in der Stadt gemacht hätten, hätten wir es genauso gut gemacht. Es sind einfach Sachen passiert, wo auch bereits ein Gespräch stattgefunden hat. Aus unserer Sicht hätte der ganze Prozess noch besser ablaufen können, dazu hatten wir bereits einen Austausch. Das sind Verbesserungspunkte, die wir für das nächste Mal auch als Lehren mitnehmen können. Ich weiss davon, ich habe heute mit dieser Person telefoniert, von der ich gehört habe, dass sie anscheinend abgewimmelt worden sei. Er hat es mir so erklärt, dass er per E-Mail beim Profi eine Anfrage gestellt und nie eine Antwort erhalten hat. Er hat dann aber auch nicht mehr nachgefragt. Das ist sicher nicht optimal. Es wäre ja im grössten Interesse des Immobilienbüros, wenn es schon Anfragen gibt, wenigstens die Verkaufsunterlagen zuzustellen, damit man so ein Angebot machen kann. Da sieht man auch immer wieder Verbesserungspotenzial, aber ansonsten waren wir mit dem Ablauf zufrieden. CHF 1.8 Mio. war der höchste Preis, von dem her können wir uns sehr gut vorstellen, in einer nächsten Situation wieder mit einem externen Büro zusammenzuarbeiten.

GR Hebeisen: Ich bin zum Teil drausgekommen, zum Teil auch nicht. Du hast gesagt, man hat in diese Liegenschaft investiert, weil man früher eine andere Liegenschaftsstrategie hatte als heute. Diese Liegenschaft ist im Landkreditkonto, da sind die Grundsätze festgelegt. Wenn etwas geändert wird, kam das früher normalerweise in die AuA oder auch in den Gemeinderat. Was war die frühere Liegenschaftsstrategie, aufgrund der man sich offenbar entschied, in diese Liegenschaft zu investieren? Und wer hat diese weshalb geändert und nach welchen Grundsätzen des Landkreditkontos, die dort festgelegt sind?

STP Niederberger: Diese Frage habe ich eigentlich schon vor ein paar Gemeinderatssitzungen beantwortet. GR Fabienne Herzog hat Fragen gestellt und ich habe sie beantwortet. Meine damalige Antwort ist nach wie vor gültig.

GR Hebeisen: Diese möchte ich bezogen auf diese Liegenschaft nochmals hören.

STP Niederberger: Diese Liegenschaft ist im Landkreditkonto, und der Stadtrat hat die Kompetenz, im Landkreditkonto Liegenschaften zu kaufen und Liegenschaften zu verkaufen. Deshalb haben wir das Landkreditkonto.

5.2 Aktueller Stand Wohnraumanalyse

GR Kuntzemüller: Ich habe ebenfalls noch eine Frage zu dieser Thematik, allerdings ein bisschen aus einer anderen Perspektive. Uns wurde aufgrund unserer Wohnumfrage und unserer Interpellation eine umfassende Wohnraumanalyse für diesen Herbst in Aussicht gestellt. Ich möchte gern nachfragen, wie der aktuelle Stand ist. Wann dürfen wir mit diesen Ergebnissen rechnen? In welcher Form werden sie präsentiert bzw. publiziert?

STP Niederberger: Die Wohnraumanalyse haben wir zusammen mit Frau Heye, die bei der Firma Sotomo arbeitet, erstellt. Sie wurde uns im Stadtrat im September präsentiert. Momentan befindet sich der Abschlussbericht in Erarbeitung. Michael und ich haben ihn bereits durchgelesen. Es ist ein umfangreiches Dokument. Wir haben ein paar Punkte gefunden, die sie noch überarbeiten müssen. Wir werden die Wohnraumanalyse demnächst auf dem Tisch haben, dann werden wir sie und das weitere Vorgehen im Stadtrat besprechen. Anschliessend werden wir einen Anlass mit einer Präsentation machen. Selbstverständlich wollen wir sie dann publizieren und allen zugänglich machen.

GR Kuntzemüller: Vielen Dank für diese Antwort. Was ist ungefähr der Zeithorizont?

STP Niederberger: Der Herbst dauert bis zum 21. Dezember. Wir sind voll dran und ich hoffe, dass wir es noch dieses Jahr zugänglich machen können. Ob ein öffentlicher Anlass dieses Jahr noch möglich oder sinnvoll ist, ist eine andere Frage, aber der Bericht wird vorliegen.

GR Ch. Brändli: Wird es eventuell vorgängig in einer vorberatenden Kommission vorgelegt oder besprochen?

STP Niederberger: Es sind alle Optionen möglich. Der erste Schritt ist im Stadtrat, wo wir das weitere Vorgehen besprechen werden. Selbstverständlich wollen wir es anschliessend möglichst breit zur Diskussion bringen.

5.3 Sicherheitskonzepte für öffentliche Veranstaltungen

GR Dogru: Ich möchte mich zu den Sicherheitskonzepten bei Anlässen noch äussern. Zuerst möchte ich mich beim Stadtpräsidenten bedanken. Die Einfahrt am Boulevard sowie der Helvetiaplatz wurden für das Spielstrassenfest mit "Herner-Truck-Sperren" gesichert. Ich möchte betonen, dass die vorgeschlagene Lösung mit einem Sicherheitskonzept für Vereine unnötig bürokratisch wirkt und die Verantwortung einseitig auf die Veranstalter abgewälzt wird. Aus meiner Sicht ist Folgendes zentral: Verfügbarkeit der Sperren: Wenn für die Sicherheit bei Anlässen 13 Sperren erforderlich sind, dann sollen diese konsequent durch die Stadt bereitgestellt werden. Es kann nicht Aufgabe der Vereine sein, die Infrastruktur der Stadt aus eigenen Mitteln aufzustocken. Überwachung im Einzelfall: Eine Überwachung im Fall eines Blaulichteinsatzes kann aus praktischen Gründen auch von einer einzelnen Person geleistet werden. Die Distanzen sind in unserem Fall überschaubar, weshalb der Aufwand nicht überproportional vergrössert werden muss. Finanzielle Belastung für Vereine: Kleinere Vereine tragen ohnehin schon eine grosse Last mit der Organisation von Anlässen. Wenn zusätzliche Kosten entstehen, sollte die Stadt diese übernehmen. So wird verhindert, dass kulturelle und sportliche Anlässe durch übermässige Auflagen gefährdet werden. Verantwortung der Stadt: Anstatt die Erstellung von individuellen Sicherheitskonzepten zu verlangen, sollte die Stadt selbst die Verantwortung übernehmen. Die Sperren gehören der Bevölkerung und sollen entsprechend im Sinn des Gemeinwohls eingesetzt werden, gerade für deren Schutz. Ich plädiere daher für eine pragmatische Lösung, die Sicherheit gewährleistet, ohne unnötige Bürokratie aufzubauen oder die Vereine übermässig zu belasten.

5.4 Abstimmung Bodensee-Arena, Gratulation an den Stadtrat

GR Ch. Brändli: Wie ihr alle wisst, hat das Kreuzlinger Stimmvolk am letzten Sonntag bei einer wirklich tollen Stimmbeteiligung von 54 % mit 71 % dem Projekt Sanierung der Bodensee-Arena zugestimmt. Das ist ein beachtliches Resultat. Ich möchte es deshalb nicht unterlassen, der Stadtverwaltung und natürlich dem gesamten Stadtrat zu diesem Erfolg herzlich zu gratulieren. Das habt ihr sehr gut gemacht. Wir kritisieren euch ab und zu, aber wenn ihr etwas wirklich gut macht, soll man das ruhig auch sagen. Ihr habt das super gemacht. Nach der Arbeit ist aber auch vor der folgenden Arbeit. Wie man der Presse bereits entnehmen konnte, habt ihr für diese Woche, also morgen oder am Wochenende schon die erste Kick-off-Sitzung. Es geht also vorwärts. Aus der Sicht der weiterführenden Kontinuität scheint es mir aber wichtig zu sein, dass unser Stadtpräsident Thomas Niederberger die Projektleitung weiterhin übernimmt. Er ist auch ein amtierender Verwaltungsrat der Bodensee-Arena und ist eh bei der Überführung in die Betriebs AG in der Pflicht. Deshalb scheint es mir sehr wichtig, dass er weiterhin die Projektleitung hat. SR Moos hat die Projektleitung beim Bauprojekt Kult-X, was ihn auch sehr fordern wird, und SR Beringer ist involviert im Bauprojekt des Betriebsgebäudes von Energie Kreuzlingen, dieses auf den Weg zu bringen. Man darf auch nicht ganz ausser Acht lassen, dass zwei Stadträte, nämlich SR Beringer und SR Zülle Ende Mai unseren Saal verlassen werden, da sie als Stadträte zurücktreten und es so auch zu Rochaden im Stadtrat kommt und sicher eines, vielleicht sogar beide erwähnten Bauprojekte in neue stadträtliche Hände kommen. Deshalb scheint es mir auch aus

dieser Hinsicht sehr wichtig, dass das dritte Bauprojekt von A bis Z weiterhin von STP Niederberger als Projektleiter geführt wird.

Die Ratspräsidentin: Ich darf noch ergänzen, dass dieser Wechsel im Stadtrat Ende Mai 2027 stattfindet.

5.5 Absage Gemeinderatssitzung 11. Dezember 2025

Die Ratspräsidentin: Wir haben im Büro bereits besprochen, dass es für die Dezembersitzung keine Botschaften und auch keine Einbürgerungen gibt. Deshalb entfällt diese Sitzung, das Essen findet um 19 Uhr aber selbstverständlich statt. Dazu werdet ihr demnächst eine Einladung erhalten. Ich wünsche euch einen schönen Abend und ein gutes Nachhausekommen.

Sitzungsende: 23.10 Uhr

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Die Gemeinderatspräsidentin

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler